Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

16.2.1892 (No. 37)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 20 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 37. Dienstag, den 16. Februar 1892.

Deutscher Reichstag.

C.P.C. **Berlin**, 12. Februar.

Heute gab es im Reichstage eine sehr bewegte Sitzung, deren Ursache der Abg. Frhr. v. Stumm war. Er trat nämlich mit einer wohlpräparirten, aber wenig zum Gegenstande der Tagesordnung passenden allgemeinen Angriffsrede gegen die Socialdemokratie vor, die nicht sowohl deshalb einiges Aufsehen erregte, weil er seine bekannten, stark einseitigen und die volle Bedeutung der Socialdemokratie gründlich verkennenden Ansichten wieder vortrug, sondern weil manche — vermuthlich mit Unrecht — darin die Wetterzeichen eines neuen gesetzgeberischen Vorstoßes gegen die Socialdemokratie nach dem Muster des Socialistengesetzes, jedoch „auf dem Boden des gemeinen Rechtes" erblicken wollten. Die Herren v. Helldorff und v. Kardorff sekundirten ihm so prompt, daß man an eine Verabredung denken könnte, wenn man nicht ohnehin schon diese Herren als „unentwegte" Freunde der verunglückten Gewaltpolitik gegen die Socialdemokratie kännte. Jedenfalls hat Herr Stumm erreicht, daß es morgen noch eine zweite erregte Sitzung gibt, falls die Freunde des Herrn Baare nicht so klug sein sollten, möglichstem Schweigen den Vorzug vor dem Reden zu geben, wenn die Socialdemokraten, wie sie heute verkündigten, die Bochumer Schienenflickereien und Stempelfälschungen zur Sprache bringen.

Der nationalliberale Abg. Möller hat aber schon erklärt, daß er seinen Freund Baare unter seinen schützenden Fittichen nehmen werde, wie er es schon heute mit rührender Treue that.

Der Gesetzentwurf wegen Außerkurssetzung der österreichischen Vereinsthaler wurde in dritter Lesung angenommen, nachdem Staatssekretär Frhr. v. Maltzahn erklärt hatte, daß aus der Annahme dieses Gesetzes eine Präjudiz für den Zeitpunkt der Veräußerung unserer Silberbestände nicht folge und daß die Außerkurssetzung der Vereinsthaler frühestens dann erfolgen werde, wenn Oesterreich sein Kontingent an Thalern übernommen habe, wofür eine längere Periode in Aussicht genommen sei.

Dann wurde die zweite Berathung des Etats der Reichseisenbahnverwaltung fortgesetzt, die vorgestern abgebrochen worden war nach der Erklärung des Ministers Thielen über die Stellung der Eisenbahnverwaltung gegenüber den socialdemokratischen Arbeitern.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) trat der Auffassung des Ministers bei, daß die Eisenbahnverwaltung sich socialdemokratische Arbeiter fern halten müsse, und griff dann die Socialdemokraten auf's Heftigste an. Sie seien keine politische und wirthschaftliche Partei, sondern eine Sammlung aller derjenigen, die von Gift, Haß und Neid gegen die besitzenden Klassen beseelt seien, die Heiligkeit der Ehe der freien Liebe opfern wollten (Lärm links. Rufe: Maitressenwirthschaft!), den Meineid verherrlichten (Große Unruhe. Rufe: Stöcker, Baare!), den Diebstahl sogar unter Umständen rechtfertigten. (Rufe: Stempelfälscher!) Wo solche Anschauungen Eingang fänden, müßten die Menschen schließlich zu Bestien werden. (Sehr richtig! Rechts. Gelächter bei den Socialdemokraten.) Er habe nie ein Jota von Idealen bei den Socialdemokraten entdecken können. Redner verlas den Brief eines Arbeiters, in dem darüber geklagt wird, daß die Kinder den Eltern Abends aus den socialistischen Schriften von der Schlechtigkeit des verfluchten Kapitals vorlesen müßten. Was könne bei einer solchen Vergiftung der Kinderseelen, so fragt der Briefschreiber, aus der Jugend anders werden, als eine recht große Räuberbande. (Lebhafte Zustimmung rechts. Gelächter bei den Socialdemokraten.) Jeder patriotische Mann habe die Pflicht vor Gott und den Menschen, einer derartigen Entwicklung entgegenzutreten, ganz besonders aber die Staatsverwaltung. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das Leitmotiv der Socialdemokratie laute: Die Monarchie muß fallen! Jetzt sei derjenige, der den Königl. Rock trage, schon hierdurch allein gegen gewisse Verführungen gefeit. Wenn aber die Kinder schon in revolutionären Ideen erzogen würden, dann liege darin eine große Gefahr für das Heer. (Große Unruhe links. Abg. Dr. Barth: Was hat das mit dem Eisenbahnetat zu thun? Rufe bei den Socialdemokraten: Lassen Sie ihn doch ausreden! Abg. Frohme: Das ist der 78er Unfug in neuer Auflage. Bestellte Arbeit. Lebhafte Zustimmung links. Präsident von Levetzow verbittet sich solche Zwischenrufe, ersucht aber den Redner, zur Sache zu sprechen.) Es sei Pflicht aller Verwaltungen, dafür zu sorgen, daß Socialdemokraten nicht gezüchtet würden. Diese wollten es ja auch den nichtsocialdemokratischen Arbeitern unmöglich machen, sich ihr Brod zu verdienen und übten die größte Tyrannei gegen Andersdenkende. Lasse die Reichseisenbahnverwaltung socialdemokratische Arbeiter zu, so stehe sie jeden Augenblick vor der Gefahr eines Streiks. Dieser könnte zu einer Zeit ausbrechen, wo das für die Vertheidigung des Vaterlandes mit der allergrößten Gefahr verbunden wäre. Schon das sei ein Grund, daß die Eisenbahnverwaltung an der französischen Grenze keinen Menschen beschäftigen dürfe, über den sie in den Zeiten der Gefahr nicht absolut verfügen könne. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Gerade weil wir das Socialistengesetz nicht mehr hätten, müsse die Eisenbahnverwaltung energisch vorgehen. Nur bei einer schwachen Regierung sei eine Revolution möglich. Er wünsche, daß weite Kreise der Arbeitgeber das Beispiel der Reichseisenbahnverwaltung nachahmten. (Lebhafter Beifall rechts. Große Unruhe links.)

Abg. Bebel sprach seine Ueberzeugung aus, daß die Rede Stumm's einen ganz bestimmten Zweck habe; man wisse nicht, ob er nicht eine neue socialistengesetzliche Aera habe einläuten sollen. Daß die Socialdemokratie keine politische, nicht einmal eine wirthschaftliche Partei sei, glaube Stumm selbst nicht, eine Partei, die gegenwärtig die stärkste in Deutschland sei, ein „präzises" Programm habe, durch Dutzende von Zeitungen täglich zu den Massen spreche, einen ganz bedeutenden Einfluß auf die innere Politik Deutschlands ausübe (Oho! rechts). Graf v. Caprivi habe selbst erklärt, daß jedes Gesetz in seiner Wirkung auf die Socialdemokratie gewürdigt werden müsse. Fürst Bismarck habe 1880 ausgesprochen, daß ohne die Socialdemokratie die ganze Socialreform nicht wäre. Da grenze Stumm's Aeußerung an Unsinn. Als Angehöriger einer Partei, die in den letzten Jahren die Gesetzgebung benutzt habe, um sich besondere Vortheile zu verschaffen, sollte Stumm doch nicht davon reden, daß die Socialdemokratie von Haß, Gift und Neid gegen die besitzenden Klassen erfüllt seien. Auch sollte er wissen, daß in seinen nächsten Kreisen die Maitressenwirthschaft so weit gehe, daß für sie die freie Liebe schon verwirklicht sei. Die Socialdemokraten sollten Tyrannei ausüben, aber natürlich sei es keine Tyrannei, wenn Herr Stumm keine Socialdemokraten beschäftige, wenn er eine Fabrikordnung habe, die einer Zuchthausordnung ähnlich sehe, und wenn er erst durch die Gewerbeordnung gezwungen werden müsse, eine Fabrikordnung einzuführen, die halbwegs als menschlich gelten könne. (Vicepräsident Graf Ballestrem ruft den Redner wegen dieser Bemerkung zur Ordnung.) Es frage sich, wiefern der Staat berechtigt sei, socialdemokratische Arbeiter von seinen Betrieben auszuschließen. Es seien sogar alle ausgeschlossen, die nicht zu Kaiser und Reich ständen; da könne bald ein ultramontaner und wenn die Nationalliberalen wegen des Schulgesetzes zur Reichsfeindschaft gelangten, auch ein nationalliberaler Arbeiter von der Beschäftigung ausgeschlossen werden. Die Haltung der Reichseisenbahnverwaltung steht auch in schroffstem Gegensatz zu den vom Staatssekretär v. Bötticher am 13. Januar abgegebenen Erklärungen. Das Reichsoberhaupt habe sich für Gleichberechtigung der Arbeiter ausgesprochen und betont, daß die staatlichen Betriebe Musteranstalten werden sollten. Wie reimt sich das mit der politischen Maßregelung der Arbeiter? Eine solche Maßregelung politischer Gegner habe immer als unanständig gegolten. Die Verfassung gewähre jedem das Recht, seine Meinung frei zu äußern; im Gegensatz dazu wolle man die politische Heuchelei großziehen. Wie wolle man die Verpflichtung der Socialdemokratie zum Militärdienst und zum Steuerzahlen mit der Vorenthaltung ihrer politischen Rechte vereinigen? Wenn Deutschland einmal einen Krieg führen müsse, werde es den letzten Mann gebrauchen, auch die Socialdemokraten, und wenn diese versagten, würde es sehr schlimm werden. Bei der wachsenden Macht der Socialdemokratie solle man doch mit solchen Maßnahmen vorsichtiger sein; man treibe damit nur die allerfeigste Vogelstraußpolitik.

Auch der Abg. Haußmann (Volksp.) hielt die Rede Stumms für den Fühler einer verschärften Politik gegen die Socialdemokratie. Die Rede sei ein fortwährendes „Hepp! Hepp!" gegen die Socialdemokratie gewesen. Bebel sei aber Stumm in dialektischer und logischer Gewandtheit weit voraus. Wohin komme der Reichstag, wenn seine Debatten sich immer zwischen den Schneidern der Socialisten bewegten? Die Rechte habe offenbar aus der Geschichte des Socialistengesetzes nichts gelernt. Wenn eine so große und bedeutende Bewegung mit einer solchen Gehässigkeit beurtheilt werde . . . (Vicepräsident Graf Ballestrem rügt den Ausdruck „Gehässigkeit") . . . er hoffe, Herr v. Stumm werde hieraus entnehmen, künftig nicht von Haß und dgl. der Socialdemokratie gegenüber zu sprechen. (Heiterkeit.) Dieser habe als Vertreter des Adels und der Arbeitgeber mit einem solchen Grade von Einseitigkeit gesprochen, daß er bedauern würde, wenn dies weiter um sich griffe. Er sei erfreut, daß der Minister Thielen in der Praxis sich nicht so bethätigt habe, wie Herr v. Stumm wolle. Wenn man es denn so ernst mit der Bekämpfung der Socialdemokratie nehme, so gebe es kein besseres Mittel, als den schweren Mißständen abzuhelfen, die in diesen Tagen erörtert worden; er verweise auf den Fall Peus und die Soldatenmißhandlungen.

Abg. Frhr. v. Stumm meinte, Bebel habe nicht bestritten, was er über die Stellung der Socialdemokraten zur Religion u. s. w. gesagt habe und suchte in einzelnen Punkten die Ausführungen Bebel's zu widerlegen.

Abg. Möller (natlib.) führte aus, daß Bebel die Sache falsch darstelle, wenn er thue, als ob die Eisenbahnverwaltung gar keine socialdemokratischen Arbeiter beschäftige, und daß die Socialdemokraten doch nur einen verhältnißmäßig geringen Theil der Bevölkerung ausmachten. Die Taktik der Socialdemokraten sei, immerfort Unzufriedenheit zu erregen. Baare sei von einem Manne, der schon mehr als 30 Mal wegen Verleumdung bestraft worden sei, des Meineids und der Stempelfälschung beschuldigt worden. Aber eine gerichtliche Verfolgung sei nicht eingetreten, weil nichts bewiesen sei und kein Gericht sich darauf einlassen könne, Dinge zu verfolgen, die längst verjährt seien. So lange nichts bewiesen sei, müsse er einen Mann in Schutz nehmen, der selbst sich hier nicht vertheidigen könne.

Abg. Hirsch (freis.) trat den Einseitigkeiten und Uebertreibungen des Abg. Stumm entgegen und warnte vor den kleinlichen Surrogaten des Socialistengesetzes. Gleichberechtigung der Arbeiter sei das beste Mittel, sie mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung auszusöhnen.

Abg. Hitze (Centr.) hielt es nicht für praktisch, auf die große Frage, für oder wider die Socialdemokratie einzugehen und wandte sich gegen einige Behauptungen Bebels. Er bestritt, daß die Socialdemokraten die besten und gewissenhaftesten Arbeiter seien; das seien vielmehr die gläubigen, christlichen Arbeiter. Die Behauptung des Fürsten Bismarck, daß die sociale Reform ein Werk der Socialdemokratie sei, sei nicht wahr. Das Centrum habe ganz unabhängig eine sociale Reform gefordert; die Socialdemokratie sei ihm dabei höchstens ein Hinderniß gewesen, da man seine Forderungen als socialdemokratisch bezeichnet habe. Die Schutzzölle seien nicht zur Bereicherung einzelner Klassen eingeführt, sondern zum Schutze der nationalen Arbeit. Obschon das Centrum grundsätzlich auf anderem Boden stehe, als die Socialdemokratie, könne es aber doch dem Arbeitgeber nicht das Recht zuweisen, durch seine wirthschaftliche Uebermacht die politische und religiöse Ueberzeugung der Arbeiter zu kränken, und ihnen ihr Koalitionsrecht zu schmälern, und das Wahlrecht zu beeinträchtigen. Es gehe ihm deshalb auch zu weit, daß der socialdemokratische Arbeiter aus dem Staatsbetriebe ausgeschlossen sein solle. Man solle den verführten Arbeiter nicht mit solchen kleinlichen Maßnahmen, die des Staates nicht würdig seien, und nicht zum Ziele führten, bekehren wollen. Der Begriff „politische Agitation", von der der Erlaß der Eisenbahnverwaltung rede, sei sehr schwankend. Wenn Einer einer Unterstützungskasse beitrete, oder einen Vertrauensposten annehme, so könne er das nicht als Theilnahme an der socialdemokratischen Agitation betrachten. Es müsse die Frage von Fall zu Fall entschieden werden. Wenn ein Arbeitgeber ahnungslos einen Arbeiter anstelle, der sich hinterher als Sendling der Socialdemokratie entpuppe, mit dem Auftrage, seine Stellung zur Propaganda zu benutzen, so könne sich der Arbeitgeber das mit Recht verbitten. Auch die öffentliche Agitation könne Formen annehmen, daß man ihm die Entlassung des Betreffenden nicht übel nehmen könne. Das Princip, durch äußere Gewalt die innere Ueberzeugung zu unterdrücken, sei falsch. Wolle die Staatseisenbahnverwaltung alle socialdemokratischen Arbeiter ausschließen, so stehe die Bestimmung bloß auf dem Papiere und fordere den Spott heraus, da die Arbeiter fast alle Socialdemokraten seien. Ausschließungen der einen Arbeiter verdoppelten nur den Eifer und Fanatismus der übrigen. Das Arbeiterschutzgesetz erkläre Vorschriften in der Arbeitsordnung für das Verhalten außerhalb des Betriebes für unzulässig. Da sollte die Regierung doch selbst das beste Beispiel geben und auch nicht auf anderem Wege zu diesen Maßnahmen greifen. Auch die zahlreichen Arbeiterentlassungen wegen den schlechten finanziellen Verhältnissen seien zu bedauern. Die Staatsverwaltung sollte in noblerer Weise vorgehen und den Arbeitern einen ausreichenden und ständigen Lohn zu sichern suchen.

Abg. v. Helldorff (kons.) glaubte, man werde sich mit den zum Wohle der Arbeiter getroffenen Maßregeln nicht begnügen können, sondern auch Maßregeln gegen die Agitation treffen müssen, welche den Kriegszustand gegen die nichtsocialdemokratischen Arbeiter bedeute. Die Staatsverwaltung solle gegen diese Agitation nicht durch Reglements, sondern durch die Praxis vorgehen.

Abg. Bebel gab zu, daß die Agitation nicht in den Betrieb gehöre, es seien aber auch Arbeiter entlassen worden, obwohl sie agitatorisch gar nicht hervorgetreten seien. Weiter wandte der Redner sich gegen Stumm, bestritt, daß die socialdemokratische Partei Arbeiter maßregele, wies es als Anschuldigung des Landesverrathes entschieden zurück, daß die Socialdemokratie im Falle eines Krieges sich der Eisenbahnverwaltung versagen würden und meinte, weit gefährlicher für die Sicherheit des Betriebes als die politische Gesinnung der Arbeiter sei die Schienenflickerei der Herren Möller und Stumm. Schließlich wandte er sich gegen die Bemerkung Hitze's, die Schutzzölle seien eingeführt im Interesse der Arbeiter.

Nachdem Abg. Haußmann bemerkt, Bebel werde mit dem heutigen Tage zufrieden sein, führte

Bundeskommissar Wackerzapp aus, die beiden entlassenen Arbeiter hätten an socialdemokratischen Parteitagen als Vertreter von Gruppen theilgenommen. Bei ihrer großen Verantwortung für Leben und Gut könne die Eisenbahnverwaltung Elemente nicht dulden, welche störend auf die Disziplin und die Zuverlässigkeit der Arbeiter einwirkten.

Abg. Schrader (freis.) meinte, man möge nicht die Socialdemokraten, sondern nur die Hetzer ausschließen. Socialdemokraten gebe es doch in jedem Betriebe, auch in dem des Herrn v. Stumm. Die Reden v. Helldorff's und v. Stumm's hätten ihn wahrhaft erschreckt, da sie bewiesen, daß auf jener Seite das Bedürfniß herrsche, die alten Bahnen des Socialistengesetzes wieder zu betreten. Die Socialdemokratie bekämpfe man am wirksamsten, indem man den Arbeitern gebe, was ihnen zukomme.

Nachdem Abg. Frhr. v. Stumm den Abgg. Bebel und Haußmann erwidert,

Abg. Singer (Soc.) geantwortet, besonders die Arbeitsordnung angegriffen und das Verfahren der Eisenbahnverwaltung als ungesetzlich bekämpft hatte, wobei beide Redner verschiedentlich mit dem Präsidenten in Konflikt kamen, erklärte

Abg. v. Kardorff es für nothwendig, der Socialdemokratie schärfer mit dem Strafgesetzbuch in Bezug auf die Presse, das Vereins- und Versammlungsrecht entgegenzutreten.

Abg. Barth (freis.) entnahm aus den Reden Stumm's und Kardorff's, daß ein Angriff auf die allgemeine bürgerliche Freiheit geplant sei. „Es wird dann ein Kampf heraufbeschworen, der bis nahe an den Bürgerkrieg grenzt, das überlegen Sie sich."

Nach einer weiteren persönlichen Auseinandersetzung zwischen v. Kardorff und Barth wurde die Debatte geschlossen.

Die weitere Berathung des Etats wurde auf morgen anberaumt.

Im Sturme geläutert.

35) Von Philipp Laicus.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Er hat gesprochen, lieber Armand!" meinte Svenson ruhig. „Aber hat er etwas anderes geredet, als ein paar Phrasen?"

„Nach dem Stadthaus!" brüllte der fanatisirte Haufe, und wälzte sich vorwärts. Paris war in einer unbeschreiblichen Aufregung, die gegen Abend zu den tollsten Ausbrüchen gegen alles führte, was man im Verdachte königlicher Gesinnung hielt.

Während in der Hauptstadt die Aufregung auf's Höchste gestiegen war, ereigneten sich in dem Landstädtchen Varennes-en-Argonne Dinge, deren aufregender Charakter hinter den Pariser Tumulten nicht zurückblieb, deren Wichtigkeit sie bei Weitem überragten.

Varennes ist ein Landstädtchen, welches von dem Aire durchströmt wird. Die beiden Ufer sind durch eine Brücke verbunden, über welche die Straße von Menehould und Stenay führt, zu dieser Brücke gelangt man durch einen gewölbten mit schweren Flügeln verschließbaren Thorgang. An diesen Thorgang lehnt sich auf der einen Seite die Kirche, auf der andern der Glockenthurm, und daran stieß noch ein Wirthshaus „zum goldenen Stern", so daß es von andern Unzukömmlichkeiten abgesehen, unmöglich war, auf die Brücke zu gelangen, ohne den Thorweg zu passiren. Hier mußte der König auf seinem Fluchtweg durchfahren.

„Um viertel nach elf Uhr in der Nacht traf ein Reiter auf abgehetztem Pferde in Varennes ein. An dem Wirthshaus zum „goldenen Stern" hielt er sein Roß an, das schnaubend stehen blieb; er sprang herab und pochte mit beiden Fäusten wider die bereits geschlossene Thüre. Denn in dem Landstädtchen, das so klein war, daß sich nicht einmal eine Postanstalt dort befand, ging man früh zu Bette.

„Der Wirth fuhr aus dem Schlafe auf und öffnete ein Fenster.

„Wer zum Teufel lärmt denn . . ."

„Es ist Zeit zum Lärmen, Freund; rief eine dem Wirthe vollständig unbekannte Stimme, die vor Aufregung zitterte. „Der König ist aus Paris entflohen!"

„Was liegt mir dran!" antwortete der Wirth ein gewisser Leblanc. „Wer seid Ihr denn? Was wollt Ihr?"

Ich bin der Postmeister Drouet von Menehould; und ehe eine halbe Stunde vergeht, fährt der König hier vorbei."

„Was Ihr nicht sagt," meinte der Wirth. „Jetzt lasset mich in Ruhe mit Euren Spätzen. Wenn der König fort will; — ich halte ihn nicht; Frankreich wird sich auch ohne König behelfen können!"

Der Wirth wollte das Fenster schließen.

„Ich mache Euch verantwortlich. Der König verläßt Frankreich nur, um an der Spitze der Oesterreicher zurückzukehren, und den Bürgerkrieg zu entflammen."

„Ja, Vater, die Sache wird gefährlich," ließ sich eine andere männliche Stimme vernehmen. „Wartet Herr Drouet, ich öffne!"

Das Fenster schloß sich, und einen Augenblick später nahten sich schlürfende Tritte der Hausthüre, der Schlüssel drehte sich im Schlosse, und die Thüre öffnete sich. Der Sohn Leblanc's ein gedrungener stämmiger Mann von etwa fünf und zwanzig Jahren öffnete, halb angezogen, eine Laterne über dem Kopfe haltend, die Thüre.

„Hier durch dieses Thor muß der Wagen," rief Drouet dem Heraustretenden zu, „hier können wir ihn aufhalten. Führen Sie mich augenblicklich zum Maire. Können wir das Thor schließen?"

„Das wird wohl nicht gehen; aber verbarrikadiren können wir es."

Unterdessen war auch der alte Leblanc auf die Straße getreten, und durch den ungewöhnlichen Lärm neugierig gemacht, streckten da und dort einige Leute der Nachbarschaft die Köpfe aus den Fenstern.

„Was gibt's denn? Nachbar Leblanc! Brennt's bei Euch?" fragte eine Stimme.

„Es brennt in ganz Frankreich," antwortete Drouet an Stelle Leblanc's. „Der König ist mit seiner Familie entflohen, und wenn wir seiner nicht habhaft werden, haben wir in acht Tagen die Preußen und Oesterreicher im Lande, und den Bürgerkrieg."

„Alle Teufel!" schrie ein anderer: weiß man, wohin der König sich gewendet?"

„Hierher, Tölpel," rief Drouet. „Kommt herunter und helft ihn festhalten!"

Da und dort hörte man einen halblauten Fluch, Fenster wurden klirrend zugeschlagen.

„Ihr, junger Mann, schiebt mit den Nachbarn so schleunig als möglich einen Karren vor das Thor und besetzt diese Barrikade. Laßt Niemanden durch, bis der Maire kommt."

In diesem Augenblicke kam ein von zwei Pferden gezogener Wagen daher.

„Halt! Halt!! tönte dem Postillon entgegen.

„Was gibt's?" fragte dieser die Pferde anhaltend.

Drouet öffnete den Schlag und leuchtete in den Wagen. Es saßen zwei Damen darin.

„Wie heißen Sie?" fragte Drouet.

„Ich bin die Baronin Brunier," sagte die ältere „und reise zu meinem Gemahl nach Metz."

„Ich bin die Nichte dieser Dame, Fräulein von Renancourt, und gehe nach Metz, um dort meinen Oheim zu besuchen."

„Sie können weiterfahren," entschied Drouet mit einer ihm keineswegs zukommenden Autorität.

Der Postillon hieb auf seine Pferde, der Wagen fuhr im Trabe durch die Thorfahrt und über die Brücke.

„Das sind zwei Hofdamen; der königliche Wagen wird im Augenblicke folgen. Verrammelt rasch das Thor. Wo wohnt der Maire?"

„Drüben auf der andern Seite," antwortete Leblanc, „dort wohnt auch der Prokurator."

„Gehen wir schleunigst!"

Die beiden eilten durch den Thorweg über die Brücke.

Inzwischen hatten sich zehn bis zwölf Männer zusammengefunden und in der Eile mit allem, was zur Hand war, bewaffnet. Unter ihnen waren auch einige Nationalgardisten in Uniform, und mit ihren Flinten bewaffnet. Zehn Minuten später kam der Sohn des Maire, ein Kapitän der Grenadiere über die Brücke gerannt, um das Kommando am Thore zu übernehmen. In demselben Augenblick hörte man durch das Dunkel der Nacht Feuerrufe von drüben herüberschallen. Es waren die Kinder des Prokurator Sauce, welcher mit diesen Rufen die Unterstadt alarmirten.

Bald darauf kamen Drouet, der Prokurator und der Maire, gefolgt von einzelnen Leuten, von denen die wenigsten wußten, um was es sich handelte. Sie kamen gerade in dem Augenblick, als der Kapitän Georges einer vierspännigen Berline Halt gebot. Uebrigens hatten die Pferde vor dem umgestürzten Karren von selbst gestanden.

Im Nu waren die Postillone von den Pferden gerissen und die Zügel der Letzteren in den Händen der umstehenden Leute.

Der Kapitän öffnete den Schlag.

„Wer sind Sie?"

In diesem Augenblicke erscholl von drüben die Sturmglocke. Auch auf der Südseite wurde es lebendig; bereits hörte man einen Tambour der Nationalgarde den Generalmarsch schlagen.

„Die Baronin von Korff, mit Familie und Dienerschaft."

„Die Baronin von Korff wird keinem Hindernisse ihrer Weiterreise begegnen," bemerkte der Prokurator Sauce. „Ihre Legitimation?"

Inzwischen flüsterte der Maire seinem Sohne zu: „Lasse die Zugänge verbarrikadiren. Darum überall die Kavalleriedetachements! Eile, daß wir nicht überrumpelt werden."

Herr Georges jun. verschwand im Dunkel. Auf das Rasseln des Generalmarsches traf er bereits auf dem Sammelplatze einige Nationalgardisten. Er ließ dort einen Posten zurück, um den Kommenden zu bedeuten, wohin sie ihm zu folgen hatten, und eilte mit einem Dutzend Leuten an den oberen Eingang der Straße, woher die Berline gekommen war, dort begannen sie das Pflaster aufzubrechen, und stülpten einen Wagen in der Mitte um, andere räumten unter dem Holzvorrath eines dort wohnenden Bäckers auf und warfen die Scheiter auf die Straße: kurz in einem Nu war die ganze Straße ungangbar gemacht, und die Nationalgardisten standen schußfertig theils hinter der Barrikade, theils an den Fenstern der vor der Barrikade gelegenen Häuser. Als zehn Minuten später ein Husarendetachement unter dem Kapitän von Choiseul heranritt, sah es sich bereits einer in Empörung wogenden, verbarrikadirten und zum Kampfe entschlossenen Bevölkerung gegenüber. Herr von Choiseul verzichtete unter diesen Umständen auf einen Angriff, zumal er seiner Truppe nicht mehr ganz sicher war. Die Husaren verschwanden, wie sie gekommen.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Berlin, 13. Februar.

Der Reichstag setzte die Berathung des Eisenbahnetats fort. Bei dem Etatsposten „Erneuerung des Oberbaues" kritisirte der Abg. Bebel auf das Heftigste das Schienenlieferantenwesen, greift die deutschen Werke an, welche dem Auslande billiger offeriren, als dem Inlande und kommt auf den Bochumer Verein zurück, von dem „geflickte Schienen" geliefert und Stempel gefälscht worden seien. Bundeskommissär Kinel erwidert, nach den Untersuchungen sei seit 1878 kein Grund vorhanden, den Bochumer Verein von den Submissionen auszuschließen; es betiehe Regierungsaufsicht über die Fabrikation von Anfang bis zu Ende, außerdem würden die Schienen in den Eisenbahnwerkstätten und bei der Einverleibung an Ort und Stelle geprüft.

Deutschland.

Berlin, 14. Februar.

Dem heutigen Diner beim Staatssekretär von Bötticher wohnte der Kaiser bis halb 12 Uhr bei. Nach dem Essen unterhielt sich der Kaiser lebhaft mit verschiedenen Gästen.

— Der „Voss. Ztg." zufolge hat sogar bei dem letzten Hofball (natürlich nur bei den nichttanzenden Gruppen) das Volksschulgesetz seine Rolle gespielt und, wenn das Blatt richtig berichtet ist, wäre man dort allseitig überzeugt gewesen, daß die Vorlage mit unwesentlichen Abänderungen aus dem Abgeordnetenhause an das Herrenhaus gelangen wird und daß es nicht rathsam sei, sich über einen andermeitigen Ausgang ohne besondere Nachgiebigkeit der Regierung Hoffnungen hinzugeben. Diese Meldung wird von der „Nordd. Allg. Ztg." bezeichnender Weise ohne Zusatz wiedergegeben.

— Kundgebungen der Liberalen gegen das Volksschulgesetz werden in der liberalen Presse gewissenhaft registrirt. Die gefaßten Resolutionen sind so ziemlich alle dieselben, und, was den Besuch der Versammlungen anbetrifft, so ist derselbe durchweg ein sehr mäßiger. Von „Massenkundgebungen" können die Herren nicht reden, es sei denn, daß sie sehr genügsam bezüglich des Begriffes Masse sind.

— Die Reichstagskommission nahm die von den Abgg. Barth und Rickert beantragte Novelle zum Wahlgesetz für den deutschen Reichstag über die Einführung der Umschläge für die Stimmzettel nach den Abänderungsvorschlägen des Abg. Grödert an.

Bochum, 13. Febr. Ueber den Fall Baare macht in einer an die „Köln. Ztg." gerichteten Erklärung Herr Fusangel die Mittheilung, daß nach glaubwürdigen Berichten, die er erhalten habe, „die Voruntersuchung in dem Stempelprocesse von neuem eröffnet" sei. Da Herr Fusangel behauptet und in einer Reihe von Artikeln zu beweisen gesucht hat, daß Herr Baare bei noch unverjährten Fälschungen betheiligt gewesen sei, so scheint mit der Ankündigung der Wiedereröffnung der Voruntersuchung gesagt zu werden, daß das Verfahren nunmehr sich auch gegen Herrn Baare richte und auf den von Fusangel erörterten Thatbestand ausdehne.

Stuttgart, 13. Febr. Eine königliche Verordnung regelt die Beschäftigung der Gefangenen in den Amtsgerichtsgefängnissen. Sämmtliche Gefängnisse erhalten regelmäßigen Arbeitsbetrieb in eigener Regie oder auf fremde Rechnung. Die Gefangenen sind nach ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessen zu beschäftigen; die Arbeitszeit ist neunstündig.

Ausland.

Wien, 13. Febr. Das Reichenberger Attentat, das bekanntlich gelegentlich der im vorigen Herbste stattgehabten Reise des Kaisers Franz Josef von Prag nach Reichenberg stattfand und allem Anschein nach die Entgleisung des kaiserlichen Zuges bezweckte, tritt neuerdings wieder in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Lange Zeit hindurch vermochte die Untersuchung keinerlei Anhaltspunkte in Betreff der Thäterschaft zu gewinnen. Vor einigen Tagen nun verhaftete, wie schon berichtet, die Zittauer Polizei drei Individuen, welche der Theilnahme an dem Attentat dringend verdächtig sein sollen. Und heute wird weiter in der Angelegenheit gemeldet: In Folge der Erhebungen in Zittau über die Anstifter des Attentates gingen dem Untersuchungsrichter wichtige Mittheilungen zu. Eine Kommission begab sich nach den Fabrikorten Grünwald und Tannenwald im Isergebirge, um daselbst Verhaftungen vorzunehmen. — Ueber den Charakter und die Art und Weise des Attentats ist indeß immer noch nichts veröffentlicht worden, und man muß daher weitere Ergebnisse der Untersuchung abwarten.

Bern, 13. Febr. Frankreich hat dem Bundesrath in einer Note seine Bereitwilligkeit erklärt, wegen Abänderung des Minimaltarifs in Unterhandlung zu treten. In Folge der erhöhten Einfuhr vor Inkrafttreten des neuen Gebrauchstarifs betragen die Zolleinnahmen im Januar 4,026,252 gegen 1,834,472 Franken im Januar 1891. — Die Vorstände der Arbeiter-Union in Bern haben die einheitliche Organisation der Maifeier für die ganze Schweiz übernommen.

Zürich, 13. Febr. Die für heute früh vorbereitete Abreise der italienischen Delegirten zu den Handelsvertrags-Verhandlungen wurde auf telegraphische Anweisung aus Rom verschoben. Gestern Abend fanden zwischen den italienischen und schweizerischen Delegirten neue Berathungen statt, die, wie man annimmt, befriedigendere Abmachungen erwarten lassen.

Paris, 13. Febr. Carnot unterzeichnete im Ministerrathe auf Antrag des Handelsministers einen Gesetzentwurf, wonach mit Griechenland unter der Bedingung der Gegenseitigkeit die Behandlung als meistbegünstigte Nation bei Waaren- und Handelsunternehmungen sowie beim Schutze des industriellen Eigenthums aufrecht erhalten wird.

Der Umfang des Geschäftsverkehrs hat im Jahre 1891 über 37 Millionen betragen, 12 Millionen mehr als im Jahre vorher. Die französische Einfuhr belief sich auf 9½ Millionen; zwei Millionen mehr als im Jahre 1890.

Eine Depesche des Generalgouverneurs aus Haiphong vom 12. Februar meldet, daß die an der Küste nordöstlich von Tongking vom Admiral Fournier unternommenen Operationen mit der Gefangennehmung Deongs, des gefürchtetsten Freibeuterhäuptlings dieser Gegend, geendet haben. Die Gegend selbst ist vollkommen ruhig. Der Häuptling Lunni-Ku hat sich bereit erklärt, sich zu unterwerfen.

Brüssel, 13. Febr. In Freilingen (belgisch Luxemburg) fand zwischen Bauern und Gendarmen in Folge eines Straßenumzugs ein heftiger Kampf statt. 20 Gendarmen, welche mit Steinen beworfen wurden, feuerten in die Luft, trotzdem fanden viele Verwundungen statt. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

Die Belgische Antisklavereigesellschaft sendet am 30. März eine neue Expedition nach dem Tanganjika um Kapitain Jacques Hilfe zu bringen und zu gemeinsamem Vorgehen mit den Deutschen gegen die Sklavenjäger.

Rom, 13. Febr. Die Verhandlungen mit der Schweiz werden diplomatisch fortgeführt. Es herrscht feste Zuversicht auf schließliches Gedeihen.

Die unbeschäftigten Arbeiter in Turin wollen heute eine Versammlung abhalten. Die Polizei hegt ernste Besorgnisse wegen der Erregung der Theilnehmer. Die Truppen werden bereit gehalten.

Hiesige katholische Kreise haben sich mit katholischen Ausschüssen in Europa und Amerika in Verbindung gesetzt, um gelegentlich des Bischofs-Jubiläums des Papstes Pilgerzüge zu veranstalten.

Msr. Boccali ist heute Morgen 4 Uhr 15 Minuten gestorben. Derselbe war Geheimsekretär des Papstes. Er sollte im März Kardinal werden. Der Papst besuchte ihn gestern und ist von dem Tode sehr ergriffen, da Boccali ihm von Kindheit an nahe gestanden hatte. Der „Osservatore" widmet dem Verstorbenen einen warmen Nachruf. Er sagt, Boccali war ein Mann von hohen Geistes- und Herzensgaben, lebte und starb als Heiliger.

Der Papst hat den Wunsch geäußert, daß auf den zu seinem Bischofsjubiläum in Rom stattfindenden Bischofs-Konferenzen die sozziale Frage und ihre Lösungsmittel erörtert werden.

Newyork, 13. Febr. Es verlautet, die freie Silberbill werde vom Kongresse angenommen, aber vom Präsidenten sicher verworfen werden.

Ein Telegramm aus Rio de Janeiro meldet gerüchtweise den Ausbruch eines Aufstandes in Santos. Details fehlen.

Kairo, 13. Febr. Die von dem Deutschen Friedmann am Ostufer des Akabagolfs gegründete kleine Judenkolonie wurde von den egyptischen Behörden aufgelöst, weil dieselbe einen Grenzstreit zwischen der Türkei und Aegypten zu verursachen drohte. Friedmann wurde ausgewiesen.

Baden.

Karlsruhe, 13. Febr. Durch Entschließung Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 12. Februar ds. Js. wurde Registraturassistent Wilhelm Oestering bei dem genannten Ministerium zum Registrator daselbst ernannt.

Karlsruhe, 13. Febr. Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag den Vortrag des Geheimerath Freiherren v. Ungern-Sternberg entgegen und empfing dann den Staatsminister Dr. Turban. Nachmittags hörte Höchstderselbe die Vorträge des Geheimerath von Regnauer und des Legationsraths Dr. Freiherrn v. Babo. Am späteren Abend beabsichtigt Seine Königliche Hoheit den Ball der Museumsgesellschaft zu besuchen.

* **Karlsruhe,** 15. Febr. Der Kaiser hat den Kronprinzen von Schweden, den Gemahl der Tochter unseres großherzoglichen Paares, zum Generallieutenant ernannt.

* **Karlsruhe,** 15. Febr. Wie die „Berlin. Ztg." mit dem Ausdruck lebhaften Bedauerns mittheilt, hat Herr Geh. Rath Prof. Dr. v. Holst den Ruf nach Chicago nunmehr endgiltig angenommen. Herr v. Holst geht also Baden verloren, Baden, die Universität Freiburg und die Wissenschaft gehen jedoch darob nicht verloren und das ist die Hauptsache. Die einzige Folge dürfte sich in der ersten Kammer bemerkbar machen, deren Sitzungen künftighin sich jedenfalls etwas verkürzen.

* **Karlsruhe,** 15. Febr. Es wirkt geradezu komisch, zu sehen, wie in den Blättern der verschiedenen Parteien die Zurückziehung des Jesuitenantrags beurtheilt wird. Während die „Landesztg." einmal zu erzählen wußte, daß dieser Schritt des Centrums in politischen Kreisen große Heiterkeit erregte und ein andermal von der Wuthigkeit der großen Mehrheit des deutschen Volkes bis in die Knochen gegenüber den Zugeständnissen an den Ultramontanismus fabulirte, während der „Landesbote" dem armen Centrum eine spaßige diplomatische Belehrung aus dem H zu Theil werden ließ, fassen einige liberale Blätter die Sache von einer etwas andern Seite auf. So sagt beispielsweise die deutschfreisinnige „Vossische Zeitung": „Der Vorgang zeigt, daß der diplomatische Meister Windthorst würdige und tüchtige Schüler gefunden hat. Der rechte Diplomat muß nicht bloß zur rechten Zeit zugreifen, er muß auch zur rechten Zeit verzichten können." Und das „Frankf. Journal" schreibt wahrscheinlich nach der „Berl. Nationallib. Korr.": „Das Centrum dingt in seinen Reihen immer noch seine kleinen „Windthorste", die es dem erprobten parlamentarischen Diplomaten an Schlauheit und Vorausblick gleichthun. Das richtige Erkennen der augenblicklichen Gesammtsituation war stets eine hervorragende Eigenschaft dieser Gesellschaft, und die starken Trümpfe werden stets nur dann ausgespielt, wenn die Gelegenheit günstig schien." Was sagt dazu der „hereingefallene" „Landesbote"? Von der „Landesztg." wollen wir schweigen.

* **Karlsruhe,** 13. Febr. Herr Joerg, so schreibt die „Bad. Landesztg." — übrigens wörtlich nach der „Köln. Ztg." — verlangte in den Historisch-politischen Blättern, es solle sämmtlichen Universitätsprofessoren das apostolische Glaubensbekenntniß zur Unterschrift vorgelegt werden." Dieses Verlangen wird dann als Beweis für den schrecklichen ultramontanen Hochmuth angeführt. Gemeint ist offenbar ein Aufsatz „über den Geist unserer Hochschulen" im Februarheft der Historisch-politischen Blätter, der höchst wahrscheinlich gar nicht von Joerg herrührt. Aber das ist Nebensache. Thatsächlich lautet der betreffende Satz (S. 154): „Ueber die Mittel, dem Grundübel, mit dem man zur Zeit einfach rechnen muß, abzuhelfen, später. Hauptsache ist zuerst, daß man das Uebel erkennt. Monstre zwar erscheint folgender Gedanke, jedoch lehrreich ist es, wenn auch sehr ernst, sich denselben ein Mal verwirklicht vorzustellen: eine Erklärung, welche dem Bande Aufschluß darüber geben sollte, ob unsere Hochschulen antichristlich oder christlich die künftigen Beamten und Führer des Volkes erziehen wollen. Sie möge als Cirkular den sämmtlichen Mitgliedern der nicht-theologischen Fakultäten unserer Universitäten unterbreitet werden, und zwar zur unterschriftlichen Anerkennung; sie enthalte einfach das Bekenntniß, welches die ersten Christen nach archäologischem Zeugniß in dem Wort ichthüs zusammenfaßten: Jesus Christus, Deus, Salvator noster. Wie jammervoll wäre das Ergebniß unter den Professoren, die durch die Taufe Christen geworden sind." Man vergleiche das Citat mit dem, was die „Köln. Ztg." und „Bad. Landesztg." daraus gemacht.

* **Karlsruhe,** 15. Febr. Nach Schluß der Landtagssession, oder vielleicht schon in den Osterferien stehen unseren Herren Landtagsabgeordneten einige schöne Tage in Aussicht. Die Herren Blankenhorn und Klein-Weinheim haben nämlich das „ganze hohe Haus" mit sammt den Herren Regierungsvertretern zu sich zu Gaste geladen, um ihre Weine proben zu lassen. Beide Herren sollen nämlich diverse bessere Qualitäten und entsprechende Mengen in ihren Kellereien aufbewahren, auch wohnen Beide in schönen Gegenden, die namentlich im Sommer gern aufgesucht werden, so daß also alle Vorbedingungen zu einigen heiteren Tagen gegeben sind, wenn man auf beiden Seiten „Ernst" machen will. Hoffentlich dürfen auch die Herren Journalisten mit, damit sie das Ergebniß dieser „Proben" in allen Einzelheiten sofort publiziren.

* **Karlsruhe,** 13. Febr. Der „Bad. Landsztg." resp. ihren Nachtretern im Odenwald und Bauland sind die Bauernvereine ein Dorn im Auge; die Gründung solcher Vereine bezeichnet ein Korrespondent aus Adelsheim z. Zt. als die Hauptthätigkeit der Ultramontanen. Das ist eine Unwahrheit. Die Bauernvereine treiben überhaupt keine Politik, also auch keine Centrumspolitik. Der Umstand, daß sich Herr Pfarrer Gerber derselben annimmt, ändert daran nichts, bestehen doch diese Vereine aus Katholiken und Protestanten. Einziger Zweck ist „Hebung des Bauernstandes", und dieser wurde schon bis jetzt, wenn auch nicht überall und nicht ganz, so doch zu einem guten Theil erreicht. Der Adelsheimer Landesztg.-mann meint allerdings, der Bauernstand bedürfe keiner weiteren Unterstützung, auf alle Fälle aber würden die landwirthschaftlichen Bezirksvereine, die schon so „Herrliches geleistet", vollständig genügen. Noth sei bei den Bauern thatsächlich nicht vorhanden, mit Ausnahme vielleicht in den Oberländer Rebgegenden. Sonst geht es den Bauern sehr gut, meist besser als den kleinen Geschäftsleuten. Unsere Bauern wären auch zufrieden, wenn die Volksaufwiegler im Talare sie in Ruhe ließen und nicht fort und fort hetzen würden. Unsere Kammern würden sich nun auch mit dem Steuernachlaß der Weinbauer beschäftigen. Das Rebgelände sei aber gar nicht hoch besteuert u. s. w. Der Mann charakterisirt sich damit selbst, sowie seine große Unkenntniß in den landwirthschaftlichen Verhältnissen. Wir denken ihn uns deshalb auch nicht als Bauer mit Hacke oder Pflug ausgerüstet, sondern mit der Feder hinter'm Ohr in irgend einer Amtsstube sitzend, als Einen, der auf dem Papier Landwirthschaft treibt. Ein Bauer würde anders reden, insbesondere, wenn er im badischen Hinterland wohnte. Während Alles nach Aufbesserung ruft, soll der Bauer ruhig die Hände in den Schooß legen und sich nicht einmal selbst helfen dürfen, so weit es geht. Das sind Zumuthungen, die nur auf nationalliberalem Boden gedeihen und nur in einer „Bad. Ldsztg." zum Ausdruck gebracht werden können.

* **Karlsruhe,** 15. Febr. Die letzte Hoffnung der Nationalliberalen, das Zusammengehen mit den Freisinnigen wird von Tag zu Tag aussichtsloser. Erfahrene und aufmerksame Politiker haben überhaupt nie daran geglaubt, selbst unmittelbar nach der Mannheimer freisinnigen Versammlung nicht. Die freisinnige Presse verdünnt diese Hoffnung immer mehr, ja sie stellt ihre Verwirklichung unter den gegenwärtigen Verhältnissen als unmöglich hin. Die Mannheimer Redner, unter denen auch ein ausgesprochener nationalliberaler sich befindet, treten nun selbst einigermaßen den Rückzug an, sie veröffentlichen in der „N. B. Ldsztg." Erklärungen, nach denen sie es jetzt selbst nicht zu glauben vermögen, was sie in der Versammlung gesprochen und insbesondere über das Centrum gesagt haben sollen. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß Männer wie Dr. Mäuser wirklich das gesprochen haben, immerhin ist es aber interessant, daß die Herren wenigstens indirekt dem Centrum nunmehr ein anderes Zeugniß ausstellen müssen.

+ **Karlsruhe,** 14. Febr. Einen hervorragenden Zug nationalliberaler Noblesse brachte die gestrige Sitzung der zweiten Kammer zu Tage bei der Verhandlung über die Interpellation der Abg. Dreher, Blankenhorn und Pfefferle, „was die Großh. Regierung zum Schutze des badischen Weinbaues nach Abschluß der Handelsverträge zu thun gedenke und welche Stellung sie zu dem bevorstehenden Reichsgesetz in Betreff der Weinsteuer einnehmen wolle". Nachdem der Abg. Dreher in einstündiger Rede, wobei auch einige Pfeile auf die badischen Reichstagsabgeordneten abgeschossen wurden, seine Ansicht dargelegt und Regierungskommissär Geisenhofer seine Antwort darauf gegeben hatte, wurde das Haus vom Präsidenten gefragt, ob eine weitere Diskussion darüber stattfinden solle. Abg. Marbe beantragte, keine Diskussion vorzunehmen, da die Frage des Weinbaues und der Weinsteuer doch in Bälde noch 2—3mal zur Verhandlung kommen müßte. Aber die liberale Majorität stimmte für alsbaldige Diskussion. Aber kaum hatte die Diskussion 1½ Stunden gedauert, sobald die beiden großen Redner Blankenhorn und Pfefferle ihre wohlvorbereiteten und einstudirten Reden gehalten hatten, kam wiederum von nationalliberaler Seite ein Antrag auf Schluß der Diskussion und die nämlichen Herren, welche vor kaum einer Stunde für Eintritt in die Diskussion gestimmt hatten, stimmten jetzt, als sie sahen, daß die Diskussion eine für sie unan-

---

Der Beruf der Frau
vom christlichen und socialdemokratischen Standpunkt aus.

Vortrag gehalten vom Schriftsteller Ph. Wasserburg im großen Rathhaussaale zu Karlsruhe am 11. Februar.

(Fortsetzung.)

Wie erklären wir uns diese auffallende Erscheinung, welche mit den natürlichen Verhältnissen in einem so grellen Widerspruch steht?

Diese Frage ist um so berechtigter, als das Verhältniß der Geschlechter, wie es sich außerhalb des Christenthums entwickelt hat, in der Natur vollständig vereinzelt steht. Die moderne Naturforschung will ja doch behaupten, daß die ganze Schöpfung ein ewiger Entwickelungsprozeß der Materie nach den ihr innewohnenden Gesetzen sei, und daß es zwischen den einzelnen Emanationen der schöpferischen Kraft keine principiellen, sondern nur graduellen Unterschiede gäbe. Man spricht diesen Satz gelassen aus, und denkt dabei an Menschen und Affen und um die hier noch immer gähnende Kluft zu überbrücken, behauptet man noch eine Reihe von Zwischengliedern, von welchen man leider noch nichts Greifbares entdecken konnte, weil dieselben aller naturforscherischen Wahrscheinlichkeit nach auf einem südlich von Indien gelegenen früheren Kontinent gelebt haben, der heute von den Wogen des indischen Oceans überfluthet wird. Man läßt außer Acht, daß, wenn die Schöpfung eine stufenweise Entwickelung der einen Materie ist, es überhaupt keine principiellen, sondern nur graduellen Unterschiede gibt und daß das, was man vom Menschen und Affen mit dem Anschein einer gewissen Forschergelehrsamkeit behauptet, ebenso vom Maikäfer und der Molluske gilt, ja selbst vom ganzen Pflanzenreiche; und wir können auch hier nicht einhalten; wir müssen auf die anorganische Welt zurückgehen; denn wir sind ja täglich Zeuge wie sich die anorganische Materie verwandelt. Wenn wir zugeben, daß es keine principiellen sondern nur graduellen Unterschiede zwischen den höchst entwickelten Affen und den Menschen gibt, dann haben wir damit auch zugegeben, daß es keinen principiellen, sondern höchstens einen graduellen Unterschied zwischen uns und jedem beliebigen Pflastersteine gibt, und die Schopenhauer'sche Theorie, welche der Gesammtwelt Wille und Vorstellung beimißt, kommt zu Ehren.

Es ist hier nicht meine Aufgabe des Näheres darauf einzugehen. Ich glaube an principielle Unterschiede in der Schöpfung und dies zwar selbst zwischen den höchststehenden Thierarten und dem Menschen, und so behaupte ich, daß das Verhältniß der Geschlechter in der Thierwelt höchst verschieden ist vom Verhältniß der Geschlechter unter den Menschen und zwar insbesondere von demjenigen Verhältniß, das sich außerhalb des Christenthums herangebildet hatte. Nirgendwo in der Thierwelt begegnet es uns, daß das Weibchen dem Männchen subordinirt ist und das Männchen für die Bedürfnisse der Familie sorgt. Bei den meisten Thieren sehen wir, mit Ausnahme der festbestimmten Paarungszeit, Gleichheit und gegenseitige Gleichgiltigkeit der Geschlechter. Dem Weibchen liegt in der Regel das Geschäft ob, für die Jungen zu sorgen. Nur bei den verhältnißmäßig wenigen Thierarten, die in dauernder Monogamie leben ist die Aufzucht der Jungen ein gemeinsames Geschäft, aber nirgendwo findet man, daß das Weibchen dem Männchen subordinirt sei, Spuren vielleicht bei solchen Thieren, die in dauernder Polygamie leben, aber auch da überwiegt das Muttergefühl jede Subordination und ein Hahn, der an die Küchlein einer Henne gehen wollte, hätte es zuvor mit Klauen und Schnabel der Letzteren zu thun, während die spartanische Mutter ohne Widerrede nach der Geburt ihr Kind sich nehmen, ärztlich untersuchen und bei ungünstigem Befund den Geiern zum Fraße aussetzen ließ. Etwas Aehnliches finden wir in der ganzen Natur nicht.

Wir wiederholen: Woher dieser Unterschied? Woher diese subordinirte Stellung des Weibes bei den Menschen, von welcher die ganze Thierwelt, soweit dieselbe geschlechtlich geschieden ist, nichts weiß?

Es ist mir zwar sehr wohl bekannt, daß man in der neueren Zeit von einer christlichen Mythologie spricht; aber man hat sich bis jetzt vergeblich bemüht, einen anderen Erklärungsgrund für diese auffallende Thatsache zu finden, als denjenigen, welcher in den religiösen Mythen, wie die moderne Wissenschaft die fünf Bücher Mosis nennt, enthalten ist. Gott sprach nach dem Sündenfall zum Weibe: Du sollst unter der Gewalt des Mannes stehen und er wird über Dich herrschen. Das bildet den wesentlichen Theil der irdischen Strafe, welche das Weib dafür trifft, daß sie den Mann verführt hat.

Aber schon in demselben Augenblick erhalten wir auch die Gewißheit, daß, wie vom Weibe die Sünde ausgegangen, so auch vom Weibe die Erlösung ausgehen werde. Zur Schlange spricht Gott: Ich will Feindschaft setzen zwischen dir und dem Weibe. Sie wird dir den Kopf zertreten und du wirst ihrer Ferse nachstellen.

Auf die Gefahr hin, von der modernen Wissenschaft in den Bann gethan zu werden, muß ich gestehen, daß diese Stellen mir sehr auffallend sind. Der Scharfsinn Mosis oder dessen, der sonst diese Bücher geschrieben haben soll, konnte aus der seinerzeitigen Stellung des Weibes, allerdings eine Geschichte sich zusammendenken, wie diese Stellung entstanden ist, und so geb' ich denn diesen Theil des Paradiesmythus einstweilen preis. Aber das konnte er sich doch nicht herausdenken, daß diese Stellung, welche das Weib damals allgemein einnahm, einmal aufhören würde, und wenn sich die Wissenschaft heute herumdisputirt, ob die Bücher Mosis wirklich von Moses oder von einem Späteren herrühren, dann behaupte ich, daß die Sache noch viel auffälliger wird; denn die Stellung des Weibes wurde nicht besser, sondern schlechter, wie denn überhaupt die Menschheit, trotz der kulturellen Fortschritte, die sie gemacht, sittlich zurückgegangen ist und mit dem Niedergange der Sittlichkeit sinkt die Achtung vor der Frau, sie wird zum Lustgeschöpfe des Mannes. Wie ist es nun zu erklären, daß schon gleich beim Aussprechen des Strafurtheils die Verheißung eines fortdauernden Kampfes des Weibes mit der Schlange und endlich eines großen Sieges folgt, welcher der Schlange den Kopf zertritt und die Ferse des Weibes verwundet. Wenn nun die Strafe verhängt ist für die Niederlage des Weibes, so muß dieselbe ihr Ende finden durch den Sieg des Weibes; nicht ganz; denn das Weib trägt eine Wunde an der Ferse davon; aber in ihrem wesentlichen Bestandtheile und wie der Erfolg gezeigt hat, bestand der furchtbare Theil dieser Strafe in der Jahrtausende dauernden Mißhandlung, in der tiefen und allgemeinen Verachtung, die der Frau zu Theil wurde und die ihr überall bis auf den heutigen Tag zu Theil wird, wo man von Christus und seiner Erlösungsthat nichts weiß oder nichts wissen will, und die überall, selbst bei den wildesten Völkern, zu schwinden beginnt, wo irgend ein Sendbote Christi das Panier des Kreuzes aufpflanzt. Wenn der Scharfsinn Moses die Strafe hintennach ersinnen konnte, so ist es aber doch eine Zumuthung an meine Vernunft, stärker als alle christlichen Dogmen zusammen sie stellen zu glauben, Moses habe auf viele Jahrhunderte hinaus zu kalkuliren vermocht, daß diese besondere Strafe des Weibes ein Ende nehme.

Und diese Verheißung wird durch eine andere Vorhersage noch auffallender. Derselbe Mosis oder wer sonst die Bücher geschrieben haben mag, erzählt den in Aegypten stattgehabten Tod des Patriarchen Jakob. Und da legt er dem sterbenden Jakob die Worte an seinen Sohn Juda in den Mund: Nicht weichen wird das Scepter von Juda und der Herrsstab von seinen Lenden, bis der kommt, der gesandt werden soll, auf den die Völker hoffen. Nun hat Moses vierhundert Jahre nach Jakob gelebt und kann sich hier seinen Tod mit allen möglichen Prophezeiungen ausschmücken; aber er kann doch nicht sagen, daß Einer gesandt werden soll, auf den die Völker hoffen, wenn nicht solche Hoffnungen allenthalben bestanden hätten, denn sonst hätte er ja geradezu einen Unsinn gesagt und solche sogenannten messianischen Hoffnungen hätten nicht bestehen können, ohne eine allgemeine Tradition eines früheren glücklicheren Zustandes der Menschen, welcher verloren gegangen und der durch den Nachkommen des Weibes — nicht des Mannes — wiederhergestellt werden sollte.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

genehme Wendung nahm, für Schluß der Diskussion. Das heißt doch, die Majorität ausnützen bis zum Uebermaß! Aber warum kommt denn diese nationalliberale Interpellation vor dem Antrag des Centrums auf Herabsetzung der Rebsteuer zur Verhandlung, obgleich dieser Antrag viel früher eingebracht war? Die Kommission hat schon längst darüber berathen, der Berichterstatter Weygold hat seinen Bericht schon längst fertig und doch muß dieser Antrag zurückgeschoben werden, bis die Nationalliberalen ihre Interpellation eingebracht hatten. Darum sagt der Präsident fast in jeder Sitzung, es sei zu wenig Stoff zur Verhandlung da.

Karlsruhe, 12. Febr. Wir lesen im „Schw. Merkur": Anläßlich der Budgetverhandlungen in der 2. bad. Kammer der Landstände wurde in richtiger Erkenntniß der Wichtigkeit des Notariats allseits die Nothwendigkeit anerkannt, die Stellung der Notare möglichst zu heben. Daß dieses Verlangen von sämmtlichen Notaren des Landes getheilt wird, ist selbstverständlich und seitens der offiziellen Vertretung der Notare, der Notarskammer, auch schon des Oefteren an maßgebender Stelle ausgesprochen worden. Insbesondere die zum Richteramte befähigten Notare würden eine Hebung des Standes auch durch entsprechende äußere Stellung freudig begrüßen; eine Rangerhöhung, analog derjenigen der preußischen Justizräthe, an ältere verdiente Notare würde sicher dazu beitragen, den freiwilligen Zugang zum Notariate zu fördern und die schon länger im Dienste stehenden Notare ihrem nicht leichten und so verantwortungsvollen Berufe zu erhalten. Thatsache aber ist, daß z. Zt. in diesen Notarskreisen trotz der eingetretenen, von den Notaren gerne anerkannten Besserstellung in mancher Beziehung das Bestreben vorherrscht, wenn möglich, wieder in die Richterlaufbahn zu kommen, wo doch auch noch Beförderung in Aussicht steht, was beim Notar eben, wenn er Notar bleiben will, einfach ausgeschlossen ist. Mit der angedeuteten idealen Hebung des Standes der Notare dürfte auch eine materielle Besserstellung z. B. leicht zu erzielen sein, daß der Gebührenantheil des Notars bei Inventuren und Theilungen als Minimum 10 M. betragen müßte, während der für die Staatskasse hiedurch entstehende Ausfall sicher durch progressive Erhöhung der Tarifsätze §§ 8—12 auch bei Werthen über 16,000 M. gedeckt würde, sowie daß bei Inventuren und Theilungen mit Werthen von über 20,000 M. die gleiche progressive Erhöhung eintreten würde, wie bei solchen von unter 20,000 M., zumal sich gewiß kein stichhaltiger Grund für die Minderbelastung der höheren Werthsummen im Verhältniß zu den geringeren Werthsummen hier, sowie bei den Urkunden der Tarifsätze 8—12 geltend machen läßt.

Karlsruhe, 12. Febr. Die direkten Steuern im Großherzogthum Baden haben in den beiden Vorjahren an Steuerkapitalien ergeben: an Grundsteuer 1890: 1,485,956,740 M., 1891: 1,486,793,960 M., an Häusersteuer 864,709,340 und 885,465,180 M., an Gewerbesteuer 498,924,700 und 534,471,200 M., an Kapitalrentensteuer 1,143,870,840 und 1,188,012,200 Mark, an Einkommensteuer 212,225,325 u. 221,078,635 Mark. Das Erträgniß der gesammten fünf direkten Steuerarten war in den beiden Vorjahren im Budget mit 12,250,659 M. veranschlagt, für die Etatsjahre 1892/93 sind die zu erwartenden Erträgnisse auf 10,869,621 M. in Voranschlag gebracht. Der um 1,381,038 M. niedrigere Ansatz für die beiden nächsten Steuerjahre ist durch die schon provisorisch genehmigten Steuerermäßigungen bestimmt.

Mannheim, 13. Febr. Unser Stadtrath beschloß, von der im neuen badischen Volksschulgesetz den Gemeinden eingeräumten Befugniß der Aufhebung des Volksschulgeldes sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes Gebrauch zu machen.

Aus dem Oberlande, 12. Febr. Im neuesten Hefte des „Pädagogium", herausgegeben von dem bekannten Herrn Dr. Dittes, veröffentlicht ein Dr. Carl Pilz eine Arbeit unter dem Titel: „Die Pest des Aberglaubens und ihre Heilung durch die Erziehung". Darin finden sich u. A. folgende alberne Behauptungen, für die der gelehrte Herr natürlich auch nicht einen Schein des Beweises erbringt; genug, daß sie vielleicht von irgend einem beliebigen Sudler in ein „Geschichtswerk" aufgenommen sind: 1. Am Rhein ißt man am Aschermittwoch Hirsebrei und Blutwurst (!), daß man recht viel Geld im Beutel behält und vor Fieber bewahrt bleibt. 2. In einem Weinberge am Rhein (!) war vor einiger Zeit alle Abende ein Lichtlein zu sehen; die Menge hielt es für eine arme Seele, die keine Ruhe im Grabe fände. Es war nichts als eine Mottenfalle. 3. Wie in katholischen Ländern mit den Heilungen durch Marienbilder und Reliquien der Aberglaube genährt wird, das sei ja so bekannt, daß darüber kein Wort gesagt werden braucht. So wissen wir, daß 1732 jeder (!) Student [in sämmtlichen Welttheilen?] ein Agnus Dei, welches aus von dem Papste geweihtem Wachs bestand, Tag und Nacht auf der Brust tragen sollte, um vor Leibes- und Seelengefahren sicher zu sein. (Der gelehrte Herr hält demnach offenbar ein Agnus Dei entweder für ein Marienbild oder zum allermindesten für eine Reliquie!) 4. Es ist historisch (!) nachgewiesen, daß man im Mittelalter u. a. den Esel verehrte (!) und ihn beim Hochamte mit niederknien ließ. 5. In heutiger Zeit pilgerten so viele Tausende nach Trier, um sich bei dem hl. Rocke, der unter den vielen (über 18) heiligen Röcken als der erste erklärt worden ist (!) .... Glück und Segen zu holen. Das „Magazin für Pädagogik" hat sich nun in dankenswerther Weise der Angelegenheit bemächtigt und den gelehrten Herrn Pilz in Leipzig „im Interesse der Wissenschaft" in aller Form gebeten, für jede der hier aufgestellten Behauptungen den Beweis zu liefern, da diese Angaben nicht nur unbrauchbar für die Wissenschaft, sondern auch verletzend für viele deutsche Mitbürger sind. Wir glauben, die Sache auch hier zur Sprache bringen zu sollen, einestheils um wieder zu zeigen, mit welcher Ungenirtheit gewisse Herren Doktores bei ihrer grandiosen Unkenntniß dessen, was selbst ein katholisches Schulkind weiß, über katholische Dinge urtheilen, anderntheils aber auch, um den Helfershelfern eines Dr. Dittes und Dr. Pilz Gelegenheit zu geben, ihre geschichtlichen Kenntnisse vortheilhaft zu verwerthen. Freiwillige vor!

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 13. Februar.

28. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Minister Eisenlohr (fortfahrend): Wir wiederholen ausführlich die Maßnahmen, welche die Regierung zur Hebung des Weinbaues zu ergreifen gedenkt, nämlich: 1. Die Errichtung örtlicher, ländlicher Kreditvereine, landwirthschaftlicher Konsumvereine (Einkaufsgenossenschaften) und von Genossenschaften zur besseren Verwerthung der Herbsterträgnisse. 2. Die Anlage von Rebschulen zur Ermöglichung rascherer Erneuerung der vielfach zu alten Rebanlagen. 3. Die verstärkte Anwendung von Kunstdünger, nöthigenfalls unter Gewährung angemessener Geldbeihilfen. 4. Die sorgfältige Erforschung der wirksamsten Bekämpfungsmittel der hauptsächlichsten Rebschädlinge und die Herbeiführung einer planmäßigen Bekämpfung derselben. 5. Die Abhaltung von Kellereikursen.

Ueber die Stellung zu einem etwaigen Reichsgesetz über die Behandlung der Weine kann zur Zeit die großh. Regierung eine bestimmte Erklärung nicht abgeben, da der Entwurf eines solchen Gesetzes dem Bundesrathe noch nicht zugegangen ist, bisher vielmehr nur vertrauliche Erörterungen über die Grundzüge zu einem solchen Gesetze stattgefunden haben.

Von nationalliberaler Seite wird der Antrag gestellt, sofort in eine Diskussion über diese Frage einzutreten.

Abg. Marbe bemerkt zur Geschäftsordnung, man möge nach der Erklärung der gr. Regierung und angesichts des vom Centrum eingebrachten Antrages auf Herabsetzung der Besteuerung des Rebgeländes die Diskussion bis zur Berathung dieses Antrages verschieben.

Abg. Vogelbach ist der gleichen Ansicht.

Abg. Fieser verlangt Abstimmung, die vorgenommen wird und für sofortige Diskussion entscheidet.

Abg. Blankenhorn bespricht die mißliche Lage des Weinbauern im Allgemeinen, weist auf die bedenklichen Wirkungen der Handelsverträge hin und bedauert, daß badische Reichstagsabgeordnete dafür gestimmt haben. Nach seiner Ueberzeugung werde durch dieses Vorgehen des „neuen Kurses" Millionen der treuesten Unterthanen schwer geschädigt. Unterm „alten Kurs" sei dies nicht vorgekommen.

Abg. Hug: Die Interpellanten gehen offenbar von der Voraussetzung aus, daß der Vollzug der Handelsverträge den inländischen Weinbau schädigen würde, die Regierung stehe aber nach der von ihr gegebenen Beantwortung der Interpellation nicht auf diesem Standpunkt, sie lasse es vielmehr dahingestellt sein, ob die Handelsverträge eine für unseren Weinbau schädigende Wirkung hervorbringen werde. Aber auch im Reichstag seien die Anschauungen über die Wirkungen der Handelsverträge in Bezug auf den inländischen Weinbau sehr getheilter Natur gewesen. Der Zoll auf Wein in Fässern sei von 24 M. per 100 Kilo auf 20 M. herabgesetzt worden, was im Reichstage keinerlei Beanstandung gefunden habe. Der Zoll für Verschnittweine (Rothweine) sei auf 10 M. per 100 Kilo festgesetzt worden, wobei zu beachten sei, daß die Maximalgrenzen der Vermischung in den Vollzugsvorschriften dahin bestimmt werden, daß mit inländischem Rothwein höchsten 33⅓ pCt. fremden bezw. italienischen Weines und mit inländischem Weißwein höchstens 60 pCt. italienischen Rothweines vermischt werden dürfen. Schon durch die Festsetzung dieser Mischungsgrenzen, sowie durch Anordnung weitgehender Kontrolmaßregeln, welche einer mißbräuchlichen Verwendung der als Verschnittweine deklarirten italienischen Rothweine vorbeugen sollen, sei eine gewisse Fürsorge getroffen, daß die Einfuhr der zum Verschnitt zu verwendenden Rothweine keine allzu großen Dimensionen annehme. Der Zoll auf eingestampfte Trauben sei auf 4 M. per 100 Kilo festgesetzt worden, wobei zu beachten sei, daß das Ausbeuteverhältniß zwischen 125—135 schwanke, d. h. je nach der Sorte und Reife der Trauben aus 125 bis 135 Kilo 100 Kilo Wein (rund 1 Hektoliter) erzielt werden. Hiernach berechne sich der Zoll für den aus eingestampften Trauben hergestellten Wein auf 5 M. bis 5,40 M. Wie sehr die Anschauungen über die Wirkungen der Ermäßigung der Weinzölle im Reichstag auseinandergegangen seien, habe sich aus dem in der Weinzolldebatte gehaltenen Reden ergeben. Redner glaubt ein gedrängtes Bild über den Inhalt der bezüglichen Reden entrollen zu dürfen. Für die Herabsetzung der Weinzölle haben Unterstaatssekretär Schraut und unser Landsmann Pflüger gesprochen. Ersterer glaubt, daß durch die mit italienischem Rothwein hergestellten Schnittweine den französischen Weinen eine wirksame Konkurrenz in Norddeutschland bereitet, daß unsere geringeren Weine vermischt mit italienischem Rothwein den französischen Wein verdrängen werden; er ist ferner der Ansicht, daß wegen der großen Kosten für Fracht und der Gefahr des Verderbnisses eingestampfte Trauben nicht in großer Masse aus Italien bei uns eingeführt werden. Letzterer macht darauf aufmerksam, daß selbst, wenn auf der Gotthardbahn täglich in 2 Güterzügen mit Kesselwagen eingestampfte Trauben nach Deutschland eingeführt würden, das ganze Quantum nur 6 pCt. allen Weines betragen würde, der in Deutschland konsumirt werde; ein solches Quantum sei aber nicht genügend, um den Weinpreis herabzudrücken. Noch mehrere Redner sprachen im Reichstag für die in den Handelsverträgen vorgesehene Herabsetzung der Weinzölle mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Konsumenten. Gegen die Ermäßigung der Weinzölle sprachen Dr. Buhl, welcher darauf hinwies, daß mit dem Bezug eingestampfter Trauben aus Italien im vorigen Jahre vorzügliche Resultate erzielt worden seien, daß der Bezug nicht bloß auf der Gotthardbahn, sondern auch auf der Brennerbahn und sogar zur See möglich sei. In der Einfuhr eingestampfter Trauben erkenne er eine große Gefahr für den inländischen Weinbau. In ähnlichem Sinn haben sich Abg. Härle (Heilbronn) und Weiß (Eßlingen) ausgesprochen und insbesondere mit Rücksicht auf die hohen Kaufpreise des inländischen Rebgeländes, die beträchtlichen Arbeitslöhne und das geringe Bruttoerträgniß die Schwierigkeiten hervorgehoben, mit denen der inländische Weinbau gegenüber der bevorstehenden Konkurrenz der italienischen Weinproduktion zu kämpfen habe. So seien im Reichstag die Ansichten einander schroff gegenüber gestanden, Autorität gegen Autorität, und sei es deßhalb dem einzelnen Reichstagsabgeordneten außerordentlich schwer geworden, sich darüber zu entscheiden, welche Stellung er einnehmen soll. Redner habe seine eigenen Erfahrungen zu Rathe gezogen, die dahin gingen, daß der Rebbau in den letzten Jahren mit großen Verlusten gearbeitet habe und darum eine fremde unter ungleich günstigeren Verhältnissen producierende Konkurrenz nicht ertragen könne. Diese Erfahrungen, sowie das Urtheil von Autoritäten, die sich gegen die Ermäßigung ausgesprochen, haben den Redner bestimmt, ein verneinendes Votum abzugeben; er verüble aber keinem Reichstagskollegen das bejahende Votum, denn auch für die Zollherabsetzung lassen sich schwerwiegende Gründe geltend machen. Schließlich erklärt Redner, daß der Werth der Handelsverträge in volkswirthschaftlicher Beziehung nicht von einem einzelnen Gegenstand abhängig zu machen sei, sondern daß, um ein richtiges Urtheil über die Bedeutung der Handelsverträge zu gewinnen, die Gesammtwirkung in Betracht gezogen werden müsse.

Abg. Klein-Weinheim hält sich sowohl den allzu großen Befürchtungen, wie auch den zu großen Hoffnungen bezüglich der Handelsverträge gegenüber ziemlich reservirt, er will zunächst abwarten. Im Allgemeinen theilt er jedoch den Standpunkt des Abg. Dreher. Von den sogenannten Tresterweinen aus italienischen Trauben, befürchte er keine Konkurrenz, denn aus Trauben, die so lange unterwegs seien, könne ein brauchbarer und konkurrenzfähiger Wein nicht mehr bereitet werden. Er freue sich über die heutige Erklärung der Regierung, die damit wieder großes Wohlwollen für unsere Weinbauern bekundet habe. Vor allem sei eine gleiche Auslegung des Nahrungsmittelgesetzes im ganzen Reiche von großer Bedeutung, eine Hauptfrage sei auch die, wie sich die Reichsregierung zu einer Mischung von Roth- und Weißweinen halte, jedenfalls dürfe sie nicht mehr unter den Betrugsparagraphen gestellt werden.

Abg. Reichert: Seine Abstimmung im Reichstag sei ihm ebenfalls sehr schwer gefallen; allein er habe die Nothwendigkeit des Zustandekommens der Verträge erkannt und sich der Hoffnung hingegeben, daß die dadurch dem Lande auferlegten Opfer nicht zu schwer sein würden. Die Herabsetzung des Weinzolles von 24 auf 20 M. war auch für ihn weniger bedenklich, auch halte er in Anbetracht der Accise-erhöhung die Herabsetzung des Traubenzolles nicht für so sehr folgeschwer. Am meisten Bedenken trage er wegen der sogenannten Tresterweine. Immerhin sei aber auch zu erwarten, daß die Einfuhr von Trauben sich nicht über Baden und Württemberg erstrecken werde. Er hoffe, daß eine Reihe guter Weinjahre unseren Weinbauern wieder aufhelfen würden.

Abg. Marbe: Die Hauptabsicht der Interpellanten sei wohl, die zahlreichen Mißstände und Beschwerden der Winzerbevölkerung hier zur Sprache zu bringen; das sei sehr am Platze, allein die Art der Behandlung lasse erkennen, daß man auch an dem Verhalten der badischen Reichstagsabgeordneten bezüglich der Handelsverträge Kritik üben wollte. Wie schon der Herr Abg. Hug durch seine Rede gezeigt, könne dies Verhalten das Tageslicht recht gut ertragen. Die Bedenken insbesondere hinsichtlich des Weinbaues seien rückhaltlos ausgesprochen worden und bei den Einzelabstimmungen hätten sie gegen die Herabsetzung der Weinzölle gestimmt. Erst bei der Hauptabstimmung von der das Zustandekommen der Handelsverträge überhaupt abhing, hätten sie sich bewegen lassen, da ein anderer Ausweg nicht offen gestanden, mit „Ja" zu stimmen. Für die etwaigen Folgen dieser Verträge seien in erster Reihe nicht die Abgeordneten sondern die verbündeten Regierungen verantwortlich. Diese haben die Vorberathungen gepflogen, ihnen lag alles einschlägige Material vor, während der Reichstag in kürzester Frist die ganze Materie durchberathen mußte und Aenderungen nicht mehr vornehmen durfte, wenn er die Verträge überhaupt nicht gefährden wollte. Die vorgetragenen Befürchtungen seien nicht begründet, insbesondere nicht in dem Sinne, als ob die Handelsverträge schon an den jetzt vorhandenen Mißständen die Schuld tragen. Wenn aber in Folge der Handelsverträge die großherzogliche Regierung Veranlassung genommen habe zur energischen Behandlung der Sache d. h. Alles dessen, was dem Weinbau aufhelfen könne, so müßten wir sogar froh um die Handelsverträge sein. Die Erklärung der Regierung sei sehr erfreulich, hätte übrigens aber auch schon früher erfolgen und in Wirksamkeit gesetzt werden können. Was die Bemerkung des Abg. Blankenhorn über den „neuen Kurs" betreffe, hinsichtlich der Schädigung von Millionen der treuesten Unterthanen, so sei die richtige Adresse nicht hier; theilweise sei dieser Vorwurf dann allerdings auch an unsere Regierung zu richten, denn bezüglich ihres Verhältnisses zur Reichsregierung könne man ja auch von ihr sagen: „sie ist Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein." Die großh. Regierung werde sich aber bedanken, wenn man ihr diesen Vorwurf mache. Was das Nahrungsmittelgesetz betreffe, so habe Staatssekretär von Bötticher in der Reichstagssitzung vom 16. Dezember ausdrücklich eine Regelung der Frage über die Weinverfälschung in Aussicht gestellt. Gegen die Verzuckerung und Verbesserung des Weines habe er nichts, allein man müße dies offen anzeigen, ebenso habe er auch nichts gegen den Kunstwein, wenn er als solcher bezeichnet und in den Handel gebracht würde. Als Wein solle aber nur das gelten, was unser Herrgott am Rebstock wachsen lasse. Unter diesen Gesichtspunkten würde es nicht schwer sein, ein allseitig befriedigendes Nahrungsmittelgesetz zu schaffen und der Naturwein würde dann auch wieder zur Geltung kommen.

Abg. Pfefferle bestreitet, daß mit der Interpellation eine Kritik des Verhaltens der Reichstagsabgeordneten beabsichtigt war, und spricht dann ebenfalls seine Ansichten und Bedenken aus.

Abg. Birkenmeyer freut sich über die Stellungnahme der Regierung zu dieser Angelegenheit. Bei der Beurtheilung derselben dürfe man aber nicht bloß die Interessen der Weinbauern im Auge haben, sondern müsse auch die Konsumenten berücksichtigen. Diese wollten vor allen Dingen reinen Wein trinken. Mit dem Kunstweinsteuergesetzentwurf sei er nicht vollständig einverstanden. Der Steuersatz sollte viel höher sein, als der Entwurf in Aussicht nehme, damit dem „Schmieren" mehr Einhalt geboten würde. Die Wirkungen der Handelsverträge halte er absolut nicht für so bedenklich, denn durch die erleichterte Einfuhr des italienischen Weines gebe man uns ein willkommenes Mittel zur Verbesserung unserer geringeren Weinsorten, wodurch dem „Schmieren" ebenfalls vorgebeugt werde. Wir müßten bedenken, daß in Baden eben viel geringe und saure Weine wachsen im Verhältniß zu anderen Ländern z. B. der Schweiz.

Abg. Schumann bemerkt dem Abg. Dreher gegenüber, daß Abg. Pflüger mit seiner Abstimmung für die Handelsverträge durchaus richtig gehandelt habe, übrigens müsse man ja die Wirkung derselben in Bezug auf die Weinzölle erst abwarten. Dem bisherigen Zollkrieg mit dem Ausland mußte ein Ende gemacht werden, schon vom socialpolitischen Gesichtspunkt aus. Man müsse sich auf den Standpunkt der Allgemeinheit stellen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

In seinem Schlußwort weist Abg. Dreher den Vorwurf des Abg. Marbe zurück, als ob mit der Begründung der Interpellation eine Kritik der badischen Reichstagsabgeordneten und namentlich des Abg. Pflüger verbunden werden sollte. Herr Pflüger sei in seiner Haltung sehr konsequent gewesen.

Es folgen noch einige persönliche Bemerkungen zwischen den Abgg. Blankenhorn, Marbe, Heimburger und Hug, worauf der Präsident diesen Gegenstand der Tagesordnung als erledigt erklärt.

Der zweite und letzte Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Vereinigung der Gemeinde Schwarzhalden mit der Gemeinde Schönenbach (Amts Bonndorf). Der Gesetzentwurf lautet:

§ 1. Die Gemeinde Schwarzhalden wird am 1. Januar 1893 aufgelöst, und unter Beibehaltung der eigenen Gemarkung als Nebenort der Gemeinde Schönenbach zugetheilt.

§ 2. Mit dem Tage der Auflösung der Gemeinde tritt bis zur nächsten regelmäßigen Erneuerungswahl des Gemeinderaths von Schönenbach zu diesem der bisherige Bürgermeister von Schwarzhalden als weiteres Mitglied hinzu.

§ 3. In armenrechtlicher und polizeilicher Beziehung kommt dem seitherigen Aufenthalte in Schwarzhalden dieselbe Wirkung zu, wie jenem in Schönenbach.

§ 4. Das Ministerium des Innern ist mit dem Vollzuge des Gesetzes beauftragt.

Abg. Birkenmeyer schildert als Berichterstatter eingehend die Verhältnisse der beiden in Frage kommenden Gemeinden. Die Gemeinde Schwarzhalden, aus einer Holzmacheransiedelung des Stifts St. Blasien längs den Ufern der Schwarzach entstanden, zählte nach der neuesten Bevölkerungsaufnahme von 1890 nur 58 Einwohner mit 10 anwesenden Bürgern, die Gemeinde Schönenbach deren 120 mit 18 Bürgern und die Regierung ist nach genauer Prüfung der Verhältnisse und aus wirthschaftlichen Gründen zu der Anschauung gekommen, daß ein geordnetes Gemeindeleben nicht mehr möglich sei. Er beantrage deßhalb, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Abg. Kriechle macht darauf aufmerksam, daß diese Vereinigung gegen den Willen der Gemeindeangehörigen stattfinden soll. Er sehe nicht ein, weßhalb ein solches politisches Gemeindewesen aufgehoben werden sollte, denn auch die wirthschaftlichen Verhältnisse daselbst seien nicht ungünstig. Wenn die Regierung den Gesetzentwurf nicht zurückziehe, werde er gegen den Gesetzentwurf stimmen.

Minister Eisenlohr stimmt den Ausführungen des Abg. Birkenmeyer zu und empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfs.

Es wird schließlich ein von den Abgg. Wilckens und Genossen eingebrachter Antrag, die Vorlage einer Kommission zu überweisen, angenommen.

Schluß der Sitzung halb 1 Uhr.

Karlsruhe, 15. Februar.

29. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung 11¼ Uhr.

Haus und Tribünen mäßig besetzt.

Am Ministertisch Regierungskommissäre.

Auf der Tagesordnung stehen lauter Berichte der Petitionskommission und zwar: a. die Bitte der Kanzleidiener Fröhlich Wittwe dahier um Unterstützung, Berichterstatter Abg. Wittmer; b. die Bitte der Gemeinde Heddesbach, die Erhebung der Uebergangssteuer auf Fleisch von Hessen nach Baden betreffend, Berichterstatter Abg. Klein-Weinheim; c. die Bitte der Mitglieder des Ersten Süddeutschen Männerquartetts in Mannheim, Abhaltung von Concerten ꝛc. daselbst betr., Berichterstatter Abg. Klein-Weinheim; d. die Petition des Wirths Gottlieb Diehm in Mannheim, Verletzung verfassungsmäßiger Rechte betreffend, Berichterstatter Abg. Hennig; e. die Bitte vieler Einwohner von Weinheim um Errichtung eines Untersteueramts daselbst, Berichterstatter Abg. Blankenhorn.

Der Sekretär verliest eine Anzahl Petitionen.

Urlaub erhalten die Abgg. Fischer und Kirchenbauer.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Bitte der Wittwe Fröhlich um Unterstützung betr., stellt die Kommission den Antrag, der Wittwe bis zur Schulentlassung ihrer Kinder eine Unterstützung zu gewähren und empfiehlt deßhalb Ueberweisung zur Kenntnißnahme. Abg. Strübe ist der Staatsstellen unterbreitet werden.
Ansicht, derartige Bittgesuche sollten zunächst den betr.

Ministerialrath Seubert: Der Regierung sei ein Wunsch der Wittwe Fröhlich auf Unterstützung nicht bekannt geworden. Es sei ein Unterstützungsfond von 120,000 Mk. für Hinterbliebene von Beamten vorhanden, welche nach Würdigkeit und Bedürfniß vertheilt werden. Wenn also ein derartiges Gesuch von der Wittwe einlaufe, werde es untersucht und demselben nach Möglichkeit entsprochen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung, Bitte der Gemeinde Heddesbach um Beseitigung der Uebergangssteuer auf Fleisch von Hessen nach Baden, wird dem Kommissionsantrag gemäß der Regierung zur Kenntnißnahme überwiesen. Ueber die Punkte 3 und 4 wird zur Tagesordnung übergegangen und der letzte Punkt Bitte der Gemeinde Weinheim um Errichtung eines Untersteueramts empfehlend zur Kenntniß überwiesen.

Schluß der Sitzung 12½ Uhr. Nächste Sitzung morgen Dienstag Vormittags 9 Uhr. Budgetberathungen.

Handel und Verkehr.

Konstanz, 12. Febr. 100 Kilo Weizen 21.50, Roggen 17.—, Gerste 16.—, Hafer 13.—, Kernen —.—, Welschkorn 16.—, Mehl 1. Sorte 40.—, 2. S. 38.—, 3. S. 34.—, Kleie 10.— Mk., 1 Kilo Halbweißbrod 32, Schwarzbrod 28 Pfg., Rindfleisch 1.32, Kalbfleisch 1.60, Hammelfleisch 1.50, Schweinefleisch 1.40, Ochsenfleisch 1.44, 1 Ster Buchenholz 9—10, Weißholz 7—8, 100 Kilo Holzkohlen 2.40—2.80, 100 Eier 7.——0.—, 1 Kilo Butter 1.80—0.—, 100 Kilo neue Kartoffeln 8.——8.80 Mk., 1 Kilo Erbsen 50, Linsen 56, Bohnen 36 Pfg., 1 Hektoter Wein ———, 100 Kilo Heu 5.00, Stroh 5.20 Mk.

Berlin, 12. Febr. Spiritus 50er hier 65.50, 70er hier 45.90, für April-Mai 46.20, für Aug.-Sept. 47.90.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheschließungen: 13. Febr. Julius Pfisch von Rintheim, Tapezier hier, mit Katharina Minnes von Stafforth. — Johann Kremer von Haselberg, Taglöhner hier, mit Josefa Engelhard von Kirchlinsbergen.

Geburten: 11. Febr. Frieda, Vater Jakob Kiefer, Wirth. — 12. Febr. Elisabeth Wilhelmine Luise, Vater Heinrich Hensel, Metzger. — Maria Franziska, Vater Jakob Bechtold, Maler. — Mathilde Anna Elisabeth, Vater Adolf Walz, Kaufmann. — 13. Febr. Paula Henriette, Vater Emil Weill, Kaufmann.

Todesfälle: 12. Febr. Julie, alt 7 Monate 1 Tag, Vater Johann Grimm, Heizer. — Helene, alt 3 Jahre, Vater Jakob Frier, Maschinenformer. — Josef, alt 2 Jahre, Vater Wilhelm Eckstein, Schreiner. — Friedrich Seiger, Geheimerath und Präsident des Großh. Oberlandesgerichts, ledig, alt 79 Jahre.

Auswärtige Todesfälle.

Dossenbach: Maria Luise Gentner, geb. Apell, Hebamme, 74 J.
Kappel: Barbara Jauch, 71 J.
Theningen: Barbara Christine Sick, geb. Mühule, 73 J.
Welmlingen: Barbara Peterschein, geb. Brombacher.
Freiburg: Marie Riedinger, geb. Siegel, 47 J. — Karoline, geb. Ketterer, 58 J. 4 M., Ehefrau des Privatmanns Franz Josef Weber. — Philipp Hauer, Schneidermeister, 56 J. — Josefine Ambs, Privat, 67 J.
Mannheim: Philipp A. Walther, Buchdruckereibesitzer.

Todes-Anzeige.

Heute früh ½1 Uhr starb in Folge eines Schlaganfalles, versehen mit dem hl. Sakramente der Oelung, der hochw. Herr Pfarrer

Anton Höfler,
in Pfaffenweiler,

im Alter von 60 Jahren.

Die hochw. Herren Mitbrüder, sowie die Freunde und Bekannten werden gebeten, des Verstorbenen im Gebete zu gedenken.

Villingen, 13. Febr. 1892.

A. A.:
Jos. Scherer, Pfv.

Todes-Anzeige.

Nach langjährigem, schwerem Leiden verschied, mit den hl. Sterbsakramenten versehen, heute früh 3 Uhr, im Alter von 49 Jahren, unsere liebe Schwester, Tante und Schwägerin

Ernestine Kauser,
ledig,

wovon wir Verwandte, Freunde und Bekannte, mit der Bitte um stille Theilnahme in Kenntniß setzen.

Freiburg und **Munzingen,** den 13. Februar 1892.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Emma Huber, geb. Hauser.
Hedwig Walter, geb. Huber.
Hermann Huber, Verwalter.
Emil Walter, Apotheker in Rufach.

Bauarbeiten-Vergebung.

Zur Erbauung eines neuen Oekonomiegebäudes beim kath. Pfarrhaus zu **Ettlingen,** sollen zur Ausführung in Verding gegeben werden:

	Im Anschlag zu Mark
Maurerarbeit	2187.98
Verputzarbeit	166.62
Steinhauerarbeit	141.94
Zimmererarbeit	697.10
Schreinerarbeit	73.73
Glaserarbeit	50.83
Schlosserarbeit	108.50
Blechnerarbeit	208.02
Tünchererbeit	121.78
Dachdeckerarbeit	324.—
Pflästererarbeit	92.88

Nach Prozenten der Kostenberechnung auszudrückende Angebote, unter Anschluß von Zeugnissen über Befähigung, Leumund und Vermögen sind schriftlich, versiegelt und mit Aufschrift versehen bis spätestens den

23. Februar d. Js.,
Vormittags 10 Uhr,

bei kathol. Stiftungsrath in Ettlingen postfrei einzureichen.

Die Pläne, Kostenberechnungen und Bedingungen sind im kathol. Pfarrhause daselbst zur Einsicht aufgelegt.

Karlsruhe, den 13. Februar 1892.

Erzbischöfliches Bauamt:
Williard.

Gänselebern

werden fortwährend angekauft: Kreuzstraße 16, 1 Stiege hoch. 71

Im Verlage der **Theissing**'schen Buchhandlung in **Münster** in Westfalen erscheint in

dritter Auflage:

Schmülling, Th., Sonn- und Festtags-Predigten aus dem Nachlasse des Verfassers herausgegeben von H. Kümkebt, Priester. Mit kirchlicher Druckerlaubniß.

Vollständig in 18 Lieferungen oder 4 Bänden. Preis pro Lieferung 10 bis 12 Octavbogen stark M. 1.50.

Die Lieferungen erscheinen rechtzeitig **vor** den betreffenden Kirchenzeiten, so kann also das Werk gleich praktisch verwerthet werden.

Die **fünfte Lieferung** verläßt demnächst die Presse, mit dieser beginnt der

II. Band: Fastenpredigten.

Ferner empfehlen wir als zeitgemäß:

Grundkötter, B. H., Sieben Fastenpredigten über die Sünde. Mit kirchl. Genehmigung. gr. 8°. 80 S. M. 1.

Bestellungen nimmt entgegen:

Freiburg im Breisgau. **Literarische Anstalt** und deren **Agentur** in **Karlsruhe,** Herrenstraße 34.

An die katholischen Badener

richte ich hierdurch die herzinnige flehentliche Bitte, den in **Berlin,** wie nunmehr allgemein bekannt, herrschenden Mangel an katholischen Kirchen auch dadurch mit beseitigen helfen zu wollen, daß Sie mir einen Baustein zur Errichtung einer **Kirche** für die bisher auf eine armselige **Kapelle** aus **Fachwerk** angewiesene **Pius-Gemeinde** recht bald einsenden. Wir möchten noch gern im Herbste dieses Jahres den Bau beginnen, aus eigener Kraft aber ist die Pfarrgemeinde, die **ärmste** aller Berliner katholischen Gemeinden, nicht im Stande, das noch Erforderliche aufzubringen. Darum nochmals katholische Glaubensgenossen im katholischen Badener Lande, die Ihr gewiß manchen Verwandten oder Bekannten hierselbst habt, helft uns, damit wir bald in einer massiven **Kirche** statt in einem morschen Fachwerkbau Gottesdienst halten können. Gott soll's lohnen! Die Gemeinde betet täglich mit dem Unterzeichneten nach der hl. Messe ausdrücklich „für die Wohlthäter der Pius-Kapelle", im Juni wurden für dieselben 4 Hochämter gelesen und im November 4 Requiems für die verstorbenen Wohlthäter abgehalten. 26.6

Pfarrer Frank bei St. Pius, Berlin, Palisadenstraße 73.

Institut St. Elisabeth,

Freiburg i. B., Egonstraße 9.

Mit dem **4. April** beginnt ein viermonatlicher Kurs für Kleidernähen mit Zuschneiden und Musterzeichnen.

Für Pensionäre, welche außer den Handarbeiten auch den Unterricht in der Hauswirthschaft, in den Fortbildungsfächern, in Sprachen und Musik mitzunehmen wünschen, ist der Eintritt am **28. März.**

Prospekte stehen zu Diensten. Anmeldungen mögen außer gerichtet werden. Nähere Auskunft ertheilt bereitwilligst

2.1 **Die Vorsteherin.**

Bremer Lebensversicherungsbank Bremen,

errichtet 1867.

Versicherungsbestand	Mk. 47,000,000,
Vermögen	9,500,000.

Lebens-, Militärdienst- und Aussteuer-Versicherungen vermitteln die Vertreter und die Generalagentur 10.4

J. Friedrichs, Kriegsstraße 36.

Baden-Baden. — Conversationshaus.

Samstag, den 27. Februar 1892, Abends 8 Uhr:

GROSSER MASKEN-BALL

in den festlich decorirten und brillant beleuchteten Sälen des Conversationshauses.

Zwölf Preise

worunter 2 **Gruppenpreise** von **Mk. 150** und **100 Mk.** in Baar für **originelle** Gruppen von mindestens 3 Personen; ferner **5 Damen-** und **5 Herren-Preise** den schönsten oder originellsten Damen- und Herren-Costümen

im Gesammtwerthe von 600 Mark.

Verloosung einer Anzahl werthvoller Gewinne.

2.1 Zwei Ball-Orchester.

Eintrittspreis mit Loos-Nummer 3 Mark.

Das Städtische Cur-Comité.

Badische Weine.

Gebr. Schlager, Weingroßhandlung,
Lahr i. B.

Prämiirt auf sämmtlichen beschickten Ausstellungen.
Patentkellerei seit 1876.

Wir offeriren hierdurch, da nicht reisen lassend:

Weissweine:

Kaiserstühler, angenehmer Tischwein	à 40,	45,	50	u. 55	Pf.,
Markgräfler, feiner Tafelwein	à 60,	70,	80	„ 90	„
Ortenauer, ber. sehr kräftig	à 65,	75,	90	„ 100	„
Durbacher, feurig, prickelnd und bouquetreich	à 80	90,	100	„ 120	„

Rothweine:

Kaiserstühler, mild und angenehm	à 70,	80,	90	u. 100	Pf.,
Zeller, Ersatz für feine Bordeaux	à 100,	120,	130	„ 140	„
Affentaler, desgleichen, sehr gerbstoffhaltig	à 110,	130,	140	„ 160	„

Preis per Liter ohne Faß ab Lahr.
Transportgebinde leihweise von 50 bis 600 Liter Gehalt.

50.6 **Garantie für reine Traubenweine.**

NB. Große Preisliste und Anerkennungsschreiben stehen auf Verlangen zu Diensten. Man wolle gefl. Bezug auf diese Zeitung.

ARETZ & Cie., Karlsruhe,

Kreuzstrasse 21,
nächst der Spitalstrasse,

Specialgeschäft für:

Technische, chirurgische und Gummi-Kurzwaaren,
Asbestfabrikate, Lederriemen, Gummiriemen,
Kameelhaar- und Baumwolltuch-Riemen, Hanfschläuche,
Wasserstandsgläser, wasserdichte Wagen- und Pferde-Decken,
Kautschuk-Regenmäntel für Herren und Damen,
Gummischuhe, Hosenträger, Verbandstoffe,
Linoleum und Wachstuche,
Gummi-Spielwaaren,
Artikel für Krankenpflege
etc. etc. etc. 26.10

en gros. — en detail.

Julius Strauss,

nächst dem Marktplatz,
en gros & en détail,
Karlsruhe.

Sämmtliche Neuheiten

in

Besatzartikeln und Besatzstoffen

für

Ball- und Masken-Costüme,

sowie **Fächer, Larven etc.** in größter Auswahl.

Echte Feder-Büschen, sogen. **Vorstoss,** in Ball- und dunkeln Kleiderfarben, verkaufe, so lange Vorrath, à **M. 1.—** das Meter; **Halbweite M. —.60,** reeller Werth das Doppelte. 5.4

Concert-Saal
Brauerei Schrempp, Waldstraße.

Karlsruher Colosseum,

jeden Tag Abends 8 Uhr beginnend,

Vorstellung von nur Künstler I. Ranges.

= Reichhaltiges, jeden Tag abwechselndes Programm. =

Alles Nähere durch die Plakate ersichtlich.

Wiener Schuhwaaren-Lager
S. Illig,

Kaiserstraße 199a,
Ecke der Waldstraße,

empfiehlt sein großes Lager in **allen Arten Schuhwaaren** in nur bester und gediegenster Waare zu den billigsten, aber festen Preisen:

Herren-Zug- und Schnürstiefel in prima Kalb-, Rind-, Chromleder- und Lackleder, einfache und bequemste, niedere und hohe Schäfte, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 6.50 an.

Herren-Jagdschnürstiefel, garantirt wasserdicht, hohes Fußblatt, von M. 12. an.

Damen-Zug-, Knopf- und Schnürstiefel in allen Lederarten, niedere und hohe Schäfte, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 4.50 an.

Knaben-, Mädchen- und Kinder-Schuhe und **Stiefel** in allen Arten.

Ball- und Gesellschafts-Schuhe und **Stiefel** für Herren und Damen von den einfachsten bis zu den elegantesten Mustern.

Größte Auswahl in **Filz-, Tuch** und **Pelz-Schuhwaaren** in nur bester Waare.

Gummischuhe, Turnschuhe, Gamaschen, Einlegesohlen, Fußwärmer, Locke, Stiefelknecht, Schuhlöffel, Knöpfer und **Stiefel-An- und Auszieher.** 17

Reparaturen aller Art werden sofort gut und billigst besorgt.

— Bestellungen nach Maaß werden prompt ausgeführt. —

Eine große Parthie nadelfertige **Buckskin- und Kammgarn-Stoffe bedeutend unter'm Preis.**

Reste, noch zu Anzügen reichend, die Hälfte unter'm Werth.

Moritz Baer, Karlsruhe,

Ecke Kreuz- und Kaiserstraße,
gegenüber der kleinen Kirche.

2.2

Friedrich Kiefer,

Philipp Vomberg's Nachfolger,
Linkenheimerstraße 15, Eingang Bismarckstraße,
empfiehlt 2.3

Ruhrkohlen, alle Sorten, **Anthracit- und Saarkohlen, Coaks, Braunkohlenbriquettes,**

Buchen-, Tannen- und Forlen-Brennholz.

Prompte und reelle Bedienung. **Billigste Preise.**

Grosses Lager in feinen, fertigen

Tuch- u. Kammgarn-Anzügen

in Jaquette-, Gehrock- und Frack-Façon zu 32, 35, 38, 40, 42, 45, 50 bis 65 Mark.

Anfertigung nach Maass im eigenen Atelier unter Leitung eines durchaus bewährten Zuschneiders. 10.2

Kaiser- u. Lammstrassen-Ecke.

N. Breitbarth,

Eine Person gesetzten Alters wünscht Stelle zu nehmen bei einem gräflichen Herrn; dieselbe hat ähnliche Stelle schon versehen. Gefl. Offerten unter **Nr. 66** an die Expedition d. Bl. erbeten.

Red Star Line

Rothe Stern Linie

Königl. Belg. Postdampfer von

Antwerpen nach **Philadelphia** und **New York**

schnelle Fahrten, gute Verpflegung, billigste Preise.

Auskunft ertheilen:
von der Becke & Marelly, Antwerpen;
Joh. Feldenberger, Karlsruhe;
Friedrich Heil, Kronenstrasse 21, Karlsruhe;
Bruno Kassmann, Karlsruhe;
Wilh. Roth, Karlsruhe.
Robert Gogel, Karlsruhe-Mühlburg;
Emil Warner in Karlsruhe-Mühlburg;
Karl Schindler, Ettlingen. 38.4

Ein älteres Fräulein von guter Familie sehr solid und erfahren, besonders auch im Kochen, wünscht Stelle anzunehmen zur selbständigen Leitung und Besorgung eines kleinen guten Haushalts. Gehalt Nebensache. Gefl. Offerten unter **Nr. 68** an die Expedition des „Bad. Beobachters".

Die Stelle einer

Oberwärterin

an unserer Anstalt ist alsbald zu besetzen. Erfordernisse: Religiöser Sinn, Herzensbildung, Kenntniß und Uebung in der Krankenpflege und im Hauswesen, rüstige Gesundheit und Freude am Berufe.

Anfangsgehalt jährlich 450 Mark bei freier Station. Einer Bewerberin, welche bereits etatmäßig oder mit Beamteneigenschaft angestellt ist, kann die Stelle in gleicher Weise übertragen werden, im Uebrigen erfolgt die Uebertragung des Dienstes zunächst im Vertragsverhältniß.

Meldungen wollen innerhalb drei Wochen eingereicht werden.

Illenau, den 8. Februar 1892.

Großh. Direktion der Heil- und Pflege-Anstalt:
2.2 Schüle.

Leichter, ehrenhafter Nebenverdienst.

Zu bisherer Werbung für eine der ältesten und größten deutschen Lebensversicherungsanstalten werden Hilfskräfte gegen hohe Provision gesucht.

Karlsruhe, Rowackanlage 15, II.

En gros — en detail.

Sein größtes Lager in

Perl-, Metall- und Blätter-Kränzen,

künstlichen Blumen u. Zimmerpflanzen aller Art, Bouquet-Manschetten von 15 Pfg. an bis 150 Mk. per Dutzend, Trauerschleifen, gewachst, Bettfit und Atlas, empfiehlt billigst

W. Eims Nachfolger,
Adlerstraße 7.

Karmeliten-Geist

vom Kloster in Regensburg empfiehlt

L. Dörflinger,
10.4 früher J. Eisel,
Karlsruhe in Baden.

Echtes altes Kirschenwasser

empfiehlt
Franz Mayer, Karrenstraße 18.

Restauration zum goldenen Römer,

Zirkel 24.

Unterzeichneter empfiehlt hiermit Vereinen und Gesellschaften seinen schönen geräumigen Nebensaal zur Abhaltung von Versammlungen, Abendunterhaltungen 2c. 2c. — Auch sind noch einige Tage in der Woche abzugeben. 2.1

Achtungsvoll zeichnet
Wilhelm Ross, Wirth.

Katholischer Männerverein.

Constantia.

Mittwoch, den 17. d. M., Abends 8¼ Uhr,

Vereinsabend mit Vortrag

über: **Die Grundsätze auf welchen die Gesetzgebung über das Unterrichts- und Schulwesen in den deutschen Staaten beruht.**

Am Mittwoch, den 24. ds. Mts.,

Vortrag:

Rückblick auf die Revolution am 24. Februar 1848 in Paris und ihre Folgen.

Mitglieder, sowie Freunde des Vereins werden zu diesen Vorträgen höflichst eingeladen.

Der Vorstand.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag, 16. Februar, 98. Abonnem.-Vorstellung. **Die Großstadtluft.** Schwank in 4 Akten von Oscar Blumenthal und Gustav Kadelburg. Anfang halb 7 Uhr.

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil: J. Rüttgers. — Für den badischen und lokalen Theil: B. Hübner. — Für Landwirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Bohemia" in Karlsruhe, Rheinstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.